INTERIM
auswärts
3 DM
Wöchentliches Info
2,50 DM
Nr. 342
17. August 1995



Verzeichnis:

Ordner:

Impressum

HerausgeberIn:
Interim e. V.
Gneisenaustr. 2a
1000 Berlin 61

Redaktionsanschrift: s. o.

V.i.S.d.P.: Charlotte Schulz

Gesamtherstellung:
Eigendruck im Selbstverlag

Widerstand ist nie umsonst

Im Zusammenhang mit dem Verfahren gegen die Zeitung *radikal* und dem Verfahren wegen des mißglückten Anschlags auf den in Bau befindlichen Abschiebeknast Grünau wird viel,viel Geld gebraucht. Geld für die AnwältInnen, für Plakate, Flugblätter, Knastabos, etc., etc.

Also überlegt Euch was!
Greift ins Portemonnaie, sammelt Kohle bei Veranstaltungen und bei Euren FreundInnen, organisiert Soliparties!

Berliner Solikonto:
Rote Hilfe Berlin
! Stichwort 13.6.!
(nicht vergessen anzugeben!)
Konto-Nummer.: 71 89 590 600
Berliner Bank BLZ 100 200 00

Weitere Infos zum Stand der beiden Verfahren und zur Situation in den von der bundesweiten Razzia am 13.6. betroffenen Städten gibt's im:

Antirepressionsbüro:
c/o PDS Kreuzberg
Dieffenbachstr. 33, 10967 Berlin
Öffnungszeiten:
Mo 18.00-20.00 und Fr 12.00-14.00
tel 6949254 · fax 6949354

Frankfurt am Main, 3.8.1995

KEINE HINRICHTUNG VON MUMIA ABU - JAMAL !

Mehrere durchlöcherte Scheiben, Farbe an den Wänden und im Innenhof von der US - amerikanischen Fluggesellschaft Delta Airlines (Lyonerstr. 36) sollten ihnen und anderen US - amerikanischen Firmen und Konzernen klarmachen, daß wir die geplante Ermordung des schwarzen Journalisten Mumia Abu - Jamal nicht hinnehmen werden !

Falls sich der Gouverneur von Pensylvania und die US - Regierung entschließen sollten das rassistische Todesurteil zu vollstrecken, behalten wir uns weitere Aktionen gegen jegliche US-Einrichtungen in Deutschland vor !!!

FREIHEIT FÜR MUMIA ABU - JAMAL !

WEG MIT DER TODESSTRAFE !

M.T.V. - MUMIAS TOD VERHINDERN !

mumia abu jamal ist politischer gefangener und sitzt in der todeszelle in pennsylvania/usa
er soll am 17. august hingrichtet werden

mumia wir gruessen dich ganz lieb !!!

ein feuer vereint uns - in unseren herzen und heute bei mcdonalds in rostock
auch fuer die city-bank rostock ist der tag heute wegen glasbruch und zugeklebten tuerschloessern kein normaler geschaeftstag

keine hinrichtung von mumia abu jamal !!!!!!!!

autonome gruppe "leben und freiheit fuer mumia abu jamal"

AKTION GEGEN DIE HINRICHTUNG VON MUMIA ABU JAMAL

Wir haben in der Nacht vom [illegible]. August die Republic National Bank of New York mit Farbe angegriffen. Sie ist eine Vertreterin des US-Kapitals hier und steht Seite an Seite mit dem US-Staat, der für die Ermordung von Mumia Abu Jamal federführend ist.

Ebenso haben wir das deutsche Konsulat mit Spray und Farbe besucht. Damit wollen wir auf den Hungerstreik der Gefangenen aus der RAF in der BRD aufmerksam machen. Sie sind vom I. bis zum 3. August in einem befristeten Hungerstreik als Solidaritätsaktion für Mumia Abu Jamal. Weltweit wird bis zum I7. August zu weiteren Hungerstreiks in Solidarität mit Mumia Abu Jamal aufgerufen.

Mumia Abu Jamal soll am I7. August hingerichtet werden. Er ist ein politischer Gefangener in den USA und sitzt in der Todeszelle, weil er einen Bullen umgelegt haben soll. Als ehemaliges "Black Panter"-Mitglied und späteres Mitglied der "Move-Bewegung", also als erklärter Revolutionär, stand er schon lange zuoberst auf der "Wunsch-Todesliste" der Bullen. Sie versuchten ihm auch schon früher einen Mord anzuhängen, um ihn auszuschalten.

Die Reaktion des US-Staates auf die starke politische Bewegung der 60er und 70er Jahre war die systematische Liquidierung wichtiger politischer Führer. Zu dieser Zeit hätten Prozesse und mögliche daran anschliessende Todesurteile zur Anheizung der politischen Situation geführt, deshalb wurden viele kurzerhand auf der Strasse ermordet.

Dass sie gerade heute eine solche Hinrichtung durchzusetzen versuchen, zeigt die notwendigkeit für den Staat, in der jetzigen Krisensituation, die neu aufflammenden Bewegungen und Kämpfe möglichst schon im Keim zu ersticken und abzuschrecken. Zudem wollen sie Mumia Abu Jamal als "Stimme der Stimmlosen" endlich zum verstummen bringen. Sie können es sich nicht leisten, einen Gefangenen am Leben zu lassen, der ungebrochen aus der Todeszelle heraus agiert, und so ein Beispiel dafür ist, dass der Kampf auch im Knast weitergehen kann.

Kämpfe haben sich nie ersticken lassen und wir stellen diese Aktion in den Zusammenhang mit den vielen Aktionen die weltweit in Solidarität mit Mumia Abu Jamal gelaufen sind, laufen und noch laufen werden.

KEIN RUHIGES HINTERLAND FÜR DAS US-KAPITAL - GREIFEN WIR ES AUCH HIER GEMEINSAM AN!

SOLIDARITÄT MIT DEM KAMPF DER POLITISCHEN GEFANGENEN WELTWEIT.

FÜR EINE REVOLUTIONÄRE PERSPEKTIVE!

...Wir haben in der Nacht vom 9. auf den 10.8.95 in der Köpenickerstr. 78 in Berlin Biesdorf unter einen Chrysler des dortigen Chrysler-Vertragshändlers „Autosalon am Elsterwerdaer Platz" einen Brandsatz hinterlegt.

Der schwarze Journalist und politische Gefangene Mumia-Abu-Jamal, der seit mehr als dreizehn Jahren in den Todestrakten des US-Bundesstaates Pennsylvania inhaftiert ist, sollte am 17. August hingerichtet werden. Der Hinrichtungsbefehl wurde am 1.6.95 unterzeichnet. Als Rechtfertigung dafür diente eine konstruierte Indizienkette, die der Öffentlichkeit als Beweislage präsentiert wurde. Anfang dieser Woche wurde der Aufschub der vorgesehenen Hinrichtung bekannt. Dieser Teilerfolg kann jedoch nicht bedeuten, die Kampagne einzustellen und den justiziellen Verlauf abzuwarten. Vielmehr sollten alle Kräfte weiter darauf verwendet werden, das eigentliche Ziel - **Mumias Freiheit** - politisch durchzusetzen.

Für einen rassistischen Justizapparat bedeuten Anordnung und Androhung von Hinrichtungen die Möglichkeit, gegen die Fundamentalopposition im wahrsten Sinne des Wortes vernichtend vorzugehen - staatlich legitimiertes Morden als Instrument der Aufstandsbekämpfung. Die in vielen Ländern stattfindende Kampagne für Mumias Leben und Freiheit nimmt vielfältige Gestalt an: Militante Projekte sind und bleiben ein unverzichtbares Mittel, damit die Kampagne den gewährten „legalen" Rahmen überspringt und sich nicht allein auf Appelle und Petitionen beschränkt. In entscheidenden Phasen von zeitlich begrenzten und in der Regel punktuellen Kampagnen finden wir es wichtig, diese durch militante Angriffe zu begleiten, um die immer noch lebensbedrohende Situation zu verdeutlichen. Nur so läßt sich die politische Tragweite ins öffentliche Bewußtsein rücken und der erforderliche Druck entwickeln.

Unsere Aktion gegen ein US-amerikanisches Unternehmen soll kein Abbild eines einfachen „Antiamerikanismus" sein, der die USA als alles beherrschende politische, militärische und ökonomische „Schaltzentrale des Bösen" betrachtet und andere imperialistische Machtblöcke (EU, japanisch dominierter Pazifik) eher vernachlässigt und deren Bedeutung verharmlost.

Unsere Aktion verfolgt das Ziel, die Widerstandspraxis in der BRD gegen die immer noch drohende Hinrichtung auch in den USA bekannt zu machen und in die laufende Kampagne für Mumias Leben und Freiheit mobilisierend einzugreifen.

Liebe Grüße an den „Autonomen Paket Service", an die „autonomen gruppen und frauen/lesben-gruppen „Für das Leben von Mumia Abu Jamal"" und an das „kommando assata shakur".

antiimperialistische Gruppe „Freiheit für Mumia Abu-Jamal"

hungerstreik-erklärung von gefangenen aus der raf

laßt das system des todes nicht siegen.

kämpft mit uns für mumias leben und freiheit.

aus unseren verschiedenen welten, bewegungen, kulturen, geschlechtern und perspektiven bringt unsere vereinte gegenwart, unser vereinter geist eine uralte und starke kraft hervor - die kraft des gerechten willens

mumia hat uns das geschrieben, uns und allen gefangenen, die teil der kampagne gewesen sind, mit kunst aus den knästen um öffentlichkeit gegen seine hinrichtung zu kämpfen. wir wissen, gefangene können nicht viel bewirken, wir haben die schlechtesten möglichkeiten. am meisten heute, wo die reaktionäre entwicklung alle menschlichkeit schlucken will, wo menschliche werte und emanzipatorische aufbrüche wieder ganz neu erkämpft werden müssen.
trotzdem hat unsere internationale gefangenen-initiative geholfen, das schweigen aufzubrechen, in dem sie mumia töten wollten, und die mobilisierung für sein leben in gang zu bringen.

aber jetzt, wo die zeit knapp wird, müssen wir unseren gemeinsamen willen, anders ausdrücken. so breit auch der weltweite protest geworden ist, us-regierung und us-justiz halten am festgesetzten hinrichtungstermin fest. am 17. august soll mumia sterben. ihre todesmaschinerie soll unangreifbar bleiben.
es ist immer noch nicht geschafft, sie zu stoppen.
wir wenden uns an alle gefangenen, hier und in anderen ländern, die aus einer revolutionären geschichte kommen, und an alle, die in den imperialistischen knästen politisch bewußt geworden sind. an alle, die mumias leben verteidigen wollen.
wir gehen heute, am 1. august, für drei tage in den hungerstreik. schließt euch uns an, macht weiter, immer für drei tage, durch die kommenden augustwochen durch.
laßt das system des todes nicht siegen. kämpft mit uns für mumias leben und freiheit.

unsere herzen sind mit dir, mumia

die gefangenen aus der raf:

hanna krabbe, heidi schulz, sieglinde hofmann, helmut pohl, rolf-clemens wagner, eva haule, rolf heissler, christian klar, brigitte mohnhaupt

Sagt Chirac, er soll aufhören!

Es ist schon genug gesagt über die verheerenden Folgen der Atomtests tausende von Kilometern von den Palästen der französischen Entscheidungsträger entfernt. Chirac behauptet, die Atombombe wäre nötig, um den Frieden zu erhalten, gleichzeitig verseucht er, so weit als möglich von ihm selber entfernt, ein riesiges Gebiet im Pazifik. Was ist das anderes als Krieg!

Als Zeichen des Protests haben wir am Samstag abend, den 15. Juli, den französischen Hochgeschwindigkeitszug TGV kurz vor Rosshäusern durch einen Kurzschluss gestoppt. Entgegen den Polizeimeldungen handelte es sich nicht um einen Brandanschlag. Das Feuer am Tunneleingang haben wir gelegt, um zu verhindern, dass unsere Aktion verschwiegen und als blosse technische Panne abgetan wird. Jede Gefährdung von Personen haben wir bewusst von Anfang an ausgeschlossen (im Gegensatz zu Chirac).

Weil die Polizei, die alten Geheimniskrämer, keine Angaben zur Aktion machen will, wollen wir den Vorgang hier kurz erklären. Vielleicht können wir den Polizeichemikern damit auch noch etwas Arbeit abnehmen. Der Kurzschluss wurde durch ein Stahlseil erzeugt, das an einem Eisenpfosten festgemacht war und auf die Oberleitung der Eisenbahn hinabgeworfen wurde, als das Heranbrausen des Zuges zu hören war (ACHTUNG NACHAHMERINNEN - MIT STARKSTROM IST NICHT ZU SPASSEN). Benzin und Diesel, gemischt mit geriebener Seife und Zucker (brennt dann besser) war in Kehrichtsäcke gefüllt, die zuvor an den Eisenpfosten festgemacht wurden und vor dem Tunnelausgang herabhingen. Als Lunte diente ein langer benzingetränkter Stofflappen. Das gab ein Feuerlein, das niemandem schadete, aber schöne Bilder auf einer weiter vorn plazierten Videokamera abgab. Zwei Videokopien haben wir dem Schweizer Fernsehen geschickt.

Wir sehen uns mit dieser Aktion als Teil der internationalen Protestbewegng gegen die Atombombenversuche. Chirac, stop it!

-Elsbeth, Lisa, Stefan und Kurt

Dokumentation

zu den bundesweiten Durchsuchungen und Festnahmen im Zusammenhang radikal, AIZ, K.O.M.I.T.E.E. am 13.06.1995

Eine Zusammenstellung von Texten, Stellungnahmen, Presseberichten und Diskussionen zu den bundesweiten Hausdurchsuchungen am 13.06.1995.

Wir wollen mit dieser Dokumentation etwas Licht in den chaotischen Informationsfluß bringen und zu einer Auseinandersetzung mit der politischen Bedeutung der Durchsuchungen und Festnahmen anregen.

Bezugsadresse:

Projekt
Informationsdienst Schleswig-Holstein
Bahnhofstr. 44
24534 Neumünster

Bezahlung bitte im voraus im Briefumschlag (bar, Briefmarken, V-Scheck) oder auf unser Konto:

M. Kellermann - Bank für Gemeinwirtschaft
BLZ 212 101 11 - KontoNr. 24 21 78 98 00

WÄHREND DER CHAOS-TAGE IN HANNOVER VOM 3.8.-5.8.95 WURDE VON UNS AN VERSCHIEDENEN STÄTTEN+EINRICHTUNGEN, DIE DIREKT ODER INDIREKT AN DER ERMORDUNG+AUSBEUTUNG VON TIEREN BETEILIGT SIND, FINANZIELLER SCHADEN VERURSACHT. UNTER DEN OBJEKTEN SIND:
-1 ANGLER/INNENLADEN -6 FLEISCHEREIEN (INCL.1"BIO"-FLEISCHEREI) -1 FAST-FOOD-REST. -1 JÄGER/INNEN-AUTO
ZWISCHEN "BIO"-FLEISCHEREI UND MC DRECK MÖGEN UNTERSCHIEDE IN DER DIMENSION DES VERBRECHENS BESTEHEN. WÄHREND VERNICHTUNGSGIGANTEN WIE MC DRECK BEI EINER BREITEN ÖFFENTLICHKEIT AUF KRITIK STOSSEN, KÖDERN "BIO"-FLEISCHEREIEN POTENTIELLE VEGETARIER/INNEN MIT EINEM MITGEKAUFTEN GUTEN GEWISSEN BEIM LEICHENSCHMAUS. FÜR DIE TIERE, DENEN DAS BOLZENSCHUSSGERÄT AN DIE SCHÄDELDECKE GEDRÜCKT WIRD, BESTEHT KEIN UNTERSCHIED! MORD BLEIBT MORD!

WIR BETRACHTEN UNSERE MAßNAHMEN NICHT ALS GEWALTANWENDUNG. WIR SEHEN DIESEN BEGRIFF IN DEM TAGTÄGLICHEN TERROR GEGENÜBER DEN TIEREN DEFINIERT.

TATEN SPRECHEN LAUTER ALS WORTE

FÜR DIE BEFREIUNG VON ERDE, MENSCH+TIER

-info 6-
zum Prozeß gegen BirgitHogefeld

Inhalt: Prozeßbericht Mai-Juli
Prozeßerklärung von B.H. am 21.07.95 (13 Seiten)
Diskussionsbeiträge, Veranstaltungsberichte

zu bekommen bei:
-bundesweit: Infoläden, Gefangenen-Inis,
-Berlin: Schwarze Risse, M99, Ex, X-beliebig, N.N.Buchladen, O21...

bei Nachfragen: Prozeßbüro Birgit Hogefeld, Dieffenbachstr. 33, 10967 Berlin

Der exportierte Tod

VHS-Video – Farbe
Der exportierte Tod
Länge: ca. 15 Minuten
Produzent: Michael Schehl
18,– DM
erscheint Oktober '93
Jetzt vorbestellen!!!!



Der Film beschreibt die Widerstandsaktion von Kriegsgegnern zu Pfingsten '93 gegen den Export von 39 ehemaligen NVA-Kriegsschiffen an die indonesische Militärdiktatur. Dabei wird in eindringlichen Bildern die Situation der Niederschlagung einer friedlichen Demonstration in Ost-Timor durch die Soldaten des Militärdiktators Suharto im November 1991 gezeigt. Seit die Militärs Mitte der siebziger Jahre in Ost-Timor eingefallen sind, töteten sie etwa ein Drittel der einheimischen Gesamtbevölkerung.

Die verantwortlichen bundesdeutschen Politiker, u. a. der Bundeskanzler, erklärten noch im Januar '92, daß die betreffenden Kriegsschiffe verschrottet werden. Heute möchte sich keiner mehr von ihnen an diese Aussage erinnern.

Das Geschäft ist perfekt. Jetzt wechseln für ungefähr 1,1 Milliarden DM die Kriegsschiffe den Besitzer.

Wir bedanken uns für die freundliche Unterstützung von Watch Indonesia.

Silsila

Zeitschrift gegen Rassismus und Imperialismus

Heft 5 (1995) 6 DM

Basil Davidson
Die Suche nach der Vergangenheit Afrikas

Kanyana Mutombô
Rekolonisation Afrikas?

Salima Mellah
Algerien: Kolonialer Diskurs einst und heute

Halima Krausen
Frauen in der islamischen Geschichte

Joachim Kuhn
Die Welt vor der europäischen Herrschaft

Einzelbestellung: 7.50 DM in Briefmarken. **Abo**: 4 Hefte für 25 DM nur gegen Vorauskasse. **Paket**: 3 Hefte (aus 1-4) für 12 DM (incl. Porto). **Läden**: ab 3 Stück zu 4 DM pro Heft (plus Porto).

Silsila, c/o Buchladen, Gneisenaustr. 2a, 10961 Berlin

Briefbomben und Todesschwadrone

Hat der bürgerliche Parlamentarismus ausgedient?

Die Serie von faschistischen Anschlägen mit Rohr- und Briefbomben in Österreich hält nun schon seit eineinhalb Jahren an. Mit den Briefbomben von München und Lübeck hat sie inzwischen auch die BRD erreicht. Vier Menschen kostete dieser Terror bisher das Leben, mehrere Leute wurden schwer verletzt. Die österreichischen Ermittlungsbehörden tun so, als ob sie im Dunkeln tappen und von der bundesdeutschen Generalstaatsanwaltschaft sind auch nur Binsenweisheiten zu hören.

Eine Übersicht:

Am 3.12.1993 explodierten in Wien die ersten Briefbomben, z.B. gegen den Wiener Bürgermeister Zilk. Insgesamt wurden 10 Bomben abgeschickt, davon konnten 6 entschärft werden. Ein Bekennungsschreiben von "Graf Ernst Rüdiger von Starhemberg" tauchte dazu auf. Anlaß war die Verurteilung von Gottfried Küssel zu zehn Jahren Haft. Küssel war der Führer der "Volkstreuen außerparlamentarischen Opposition" (VAPO), des österreichischen Ablegers der bundesdeutschen "Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front" (GdNF).

Später wurden die beiden Österreicher Franz Radl jun. und Peter Binder als die für diese Anschläge verantwortlichen Bombenbastler verhaftet. Radl ist Mitglied der "Nationalistischen Front"-Österreich und Binder gehört zur VAPO. Sie werden durch eine Reihe von Indizien schwer belastet. Der Prozeß gegen sie wird in Kürze eröffnet. Radl und Binder standen in engem Kontakt zu dem berliner GdNF-Kader Arnulf Priem, der zum Zeitpunkt der ersten Briefbombenserie in der wiener U-Bahn erkannt wurde. Priem sitzt seit Mitte August 1994 im berliner Knast, weil er eine antifaschistische Demonstration von seinem Haus aus mit mehreren Kameraden angegriffen hatte. Seine Verbindung zu den österreichischen Bombenbastlern kam im Verfahren gegen Priem nie zur Sprache.

Anfang 1994 verfaßte das "Sekretariat" einer "Salzburger Eidgenossenschaft. Bajuwarische Befreiungsarmee" (BBA) drei gleichlautende Bekennungsschreiben zu dieser ersten Briefbombenserie. Sie waren erstmals mit dem seither immer verwendeten "BBA-Briefkopf" versehen. Obwohl sie an die Presse adressiert waren, tauchten sie nie offiziell auf.

Im August 1994 riß dann eine Rohrbombe in Klagenfurt einem Sprengstoffexperten der Polizei beide Arme ab. Sie war an einer zweisprachigen Schule für die slowenische Minderheitsbevölkerung angebracht. Zu diesem Anschlag bekannte sich Anfang September die BBA in einem Schreiben an den slowenischen Außenminister Peterle. Darin wurden einige Leute als weitere mögliche Anschlagsziele benannt. Keine dieser Personen wurde von der Polizei gewarnt.

Die Bombe wurde laut Schreiben vom "Kampftrupp Herzog Oadilo von Bayern" gebaut, das Schreiben von "BBA, Sekretariat" verfaßt und von "BBA, Andreas Hofer" versandt. In diesem Schreiben ging die BBA auch auf ihre Sicht der österreichischen Geschichte ein und erklärte auf ihre Weise die Herkunft der "Bajuwaren" und wer der "Bajuwarenherzog Oadilo" gewesen sein soll. Im Anhang des "Sekretariats" bekannte sich die BBA "zum wiederholten Male zur Briefbombenserie vom Dezember 1993". Nicht die Verhafteten Radl und Binder seien für diese Bomben verantwortlich, sondern der mit diesem Schreiben eindeutig zugeordnete "Kampftrupp BBA, Graf Ernst Rüdiger von Starhemberg".

Im Oktober 1994 wurden vier Blindgänger bei der Post aufgegeben. Einer der Adressaten wurde im vorhergehenden Brief der BBA genannt. Für diese Bombenserie übernahm wieder die BBA die Verantwortung. Der "Kampftrupp Herzog Oadilo von Bayern" hatte die Bomben gebaut und der "Kampftrupp Andreas Hofer" anschließend verschickt. Anlaß dieser Bomben war die Verhaftung von vier führenden österreichischen Nazis, darunter Hans-Jörg Schimanek junior. Schimanek jun. wurde Ende März 1995 vom wiener Landgericht wegen nationalsozialistischer Wiederbetätigung zu 15 Jahren Haft verurteilt. Er bekannte sich selbst, der "militärische Leiter Österreichs" zu sein.

Am 1. Februar 1995 verfaßte das "BBA, Sekretariat" ein weiteres detailliertes Entlastungsschreiben für Radl und Binder und versandte drei Exemplare an die drei Rechtsanwälte der beiden Verdächtigen.

In der Nacht auf den 5. Februar tötete eine Rohrbombenfalle im steierischen Oberwart vier Roma. Am Morgen des folgenden Tages zerfetzte eine weitere Bombe im nahegelegenen Stinatz einem Müllarbeiter die Hand. Der "Kampftrupp BBA, Friedrich II, der Streitbare, Herzog von Österreich, Steiermark und vier Burgenland" bekannte sich zu diesen beiden Anschlägen.

Vom 25. Februar stammte ein weiteres sehr ausführliches Entlastungsschreiben von "BBA, Sekretariat, Starhemberg, u.a. Kampftrupps". "Oadilo" und "Thietmar" verfaßten für dieses Schreiben eine weitere geschichtliche Abhandlung, nach welcher der Erzbischof von Salzburg den Titel "Primas Germaniae" führte. Um das Jahr 900 habe dieser Erzbischof Thietmar von Salzburg geheißen.

Mit Datum vom 5. Mai schickte die "BBA, Markgraf Gerold, Präfekt der Awarenmark" einen Brief an Hans-Jörg Schimanek senior. Dieser ist Mitglied der rechtsradikalen "F", der ehemaligen "FPÖ" (Freiheitliche Partei Österreichs) von Jörg Haider. "F" steht heute für "Freiheitliche". Schimanek sen. ist in dieser Eigenschaft auch Regierungsmitglied des niederösterreichischen Landtags. Anhand dieses Beispiels zeigt sich in sehr anschaulicher Weise die direkte Verbindung der "F" mit der organisierten NaziterroristInnen-Szene, denn Schimanek junior ist der Sohn Hans-Jörg Schimanek seniors. Der Inhalt des Schreibens der BBA an Schimanek sen. drehte sich im wesentlichen um die juristische Verteidigung seines Sohnes.

Am 10. Mai ging ein Brief, dessen Konzept von "Starhemberg" und seine Ausarbeitung vom "Sekretariat" stammte, an das Nachrichtenmagazin "Profil". Er trug den Absender "Primas Germaniae. Iuvavumring 1". Iuvavum ist der Name der römischen Provinz Salzburg. Dieser Brief war nochmals ein Entlastungsschreiben für Radl und Binder.

Am 8. Juni 1995 folgte ein weiterer Entlastungsbrief der BBA an einen Wiener Rechtsanwalt. Darin benannte die BBA wieder rund 40 mögliche Anschlagszielpersonen, die ebenfalls nicht gewarnt wurden.

Die nächsten Briefbomben sollten am 9. Juni zum einen die farbige Fernsehmoderatorin Arabella Kiesbauer in München treffen. Sie ist Mitglied der österreichischen anti-

rassistischen Gruppe "SOS-Mitmensch". Diese Bombe wurde in der Wiener Neustadt aufgegeben, ihr war ein Brief der "Kampftrupps Andreas Hofer von Tirol und Graf Ernst Rüdiger von Starhemberg" beigelegt. Ihr Name war im Brief vom 8. Juni angegeben. Die zweite Briefbombe explodierte am selben Tag in einer Linzer Partnervermittlung, die sich auch für Leute ohne österreichischen Paß spezialisiert hat. Sie wurde im ca. 20 km von der Wiener Neustadt entfernten Ternitz abgesendet.
Vier Tage später, am 13. Juni, sollte die dritte Briefbombe dieser Serie den Lübecker SPD-Bürgerschaftsfraktionschef treffen, der sich für eine härtere Bestrafung der Attentäter des ersten Brandanschlages auf die Lübecker Synagoge und deren BewohnerInnen ausgesprochen hatte. Der Absender dieser Bombe lautete "ARGE Primas", auch sie wurde in Ternitz aufgegeben.
In diesem Zusammenhang dürfte auch eine Meldung der "Antifaschistischen Nachrichten" vom 29. Juni 1995 interessant sein, in der von acht Briefbombenanschlägen in Rumänien berichtet wird. Nur eine der Bomben sei funktionstauglich gewesen und sieben dieser Briefbomben seien in Österreich abgeschickt worden. Sie richteten sich gegen Roma, die ungarische Minderheit in Rumänien und rumänische Menschen, die sich für diese Leute einsetzen. Das ist ein vergleichbarer Personenkreis, wie derjenige, gegen den sich der Terror der BBA richtet.

Wer oder was steckt hinter diesen Bomben?

Die selbstgebauten Bomben zeichnen sich durch ein hohes technisches Niveau aus, hier sind Elektronik- und Chemiespezialisten am Werk. Die breit gestreute und dennoch gezielte Auswahl der Zielpersonen aus Österreich, aber auch aus der BRD läßt auf eine größere vernetzte Struktur schließen. Der enge Kreis dieser Nazi-TerroristInnen arbeitet nach der Zellenstruktur, ihr InformantInnenkreis ist aber wesentlich größer und reicht bis in die österreichische Polizei und Strafverfolgungsbehörden hinein; mehr dazu weiter unten. Der Gesamtkreis der AttentäterInnen nennt sich "Salzburger Eidgenossenschaft. Bajuwarische Befreiungsarmee". Diese ist in verschiedene Zellen aufgeteilt, die koordiniert operieren. Bisher traten folgende Zellen in Erscheinung: "Sekretariat", "Graf Ernst Rüdiger von Starhemberg", "Andreas Hofer von Tirol", "Herzog Oadilo von Bayern", "Friedrich der II (...), "Markgraf Gerold (...)" und "Thietmar". Dieses Prinzip der Namensgebung ist ganz offensichtlich bei linken BRD-Untergrundstrukturen abgeschaut.
Die österreichischen Nazis gingen schon immer ihren eigenen Weg. Deutlich wird dies bei der BBA durch ihren starken Bezug auf die österreichische Geschichte. Ein "Deutsches Reich" in seiner Gesamtheit spielt nur insofern eine Rolle, als "das Herzogtum Bajuwaren" ein Teil des "Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nationen" gewesen sei. "Bajuwaren" umfaßte nach Auffassung der BBA übrigens das Gebiet "zwischen dem Lech im Westen und dem Donauknie" in Ungarn. Die detaillierten historischen Abhandlungen lassen durchaus auf eine akademische Urheberschaft schließen. Dafür spricht auch der Hinweis im ersten Bekennungsschreiben von "Starhemberg", daß es bereits "vor ein paar Jahren (...) ausführliche Gespräche in einem Foyer des Juridicums an der Universität Wien" gegeben hatte, "um der drohenden Fremdeninvasion in diese Republik etwas Einhalt zu gebieten, an bekannte Personen im öffentlichen Dienst und auch Persönlichkeiten aus caritativen Organisationen mit besonders auffälliger Fremdenfreundlichkeit Grüße dieser Art" (gleich Briefbomben) "zu entrichten". Die BBA ist eine österreichische Terrororganisation, die aus der speziellen Situation dort heraus entstanden ist, obgleich sie über gute Kontakte zu bundesrepublikanischen rechten Kreisen verfügt und sie ihren Terror auch in der BRD entfaltet. Im gleichen Schreiben offenbart sie auch ihre Arbeitsweise: Die BombenbauerInnen selbst achten darauf, keine justitiablen Spuren und kein Belastungsmaterial zu hinterlassen, während "ein paar unbedeutende Tatausführende fürs Netz" (des Staatsschutzes) "vorbehalten sind" und zum erledigen von "Botendiensten" herangezogen werden. Die BBA verweist auch auf "so manchen Söldner an der bosnischen Front", der ihnen nahe steht und drohen mit der Manipulation von Gasleitungen, der "Freisetzung von gesundheitsgefährdenden Stoffen" und "Ablagerungen von radioaktiven Spaltprodukten" in "Wohngegenden, die überwiegend von Ausländern besiedelt sind".
Die BBA ist also eine gut ausgebildete und vernetzte faschistische Untergrundorganisation mit InformantInnen an wichtigen Stellen. Das ist auch nicht weiter verwunderlich, schließlich kündigten vor allem Nazis aus der GdNF und der "Nationalistischen Front" (NF) dies schon seit Jahren an. So wurde die NF Ende 1992 insbesondere wegen der einige Monate vorher veröffentlichten Gründung eines im Untergrund agierenden "Nationalen Einsatzkommandos" (NEK) verboten. Das Konzept für das NEK stammt aus der Feder von Jürgen Rieger, einem führenden bundesdeutschen Chefstrategen der Nazis. Rieger ist NF-Mitglied und in der ganzen BRD als Verteidiger bei vielen Prozessen gegen FaschistInnen tätig. Direkt nach dem Verbot der NF und einiger "Vorfeldorganisationen" der GdNF im Jahr 1992 kündigte Rieger "eine rechte RAF" an. Als Angriffsziele benannte er "Reporter, Richter, Polizisten". "Nicht die Großen, da wird nicht der Präsident des Bundesverfassungsgerichtshofes oder was, das interessiert nicht. Aber die Gruppierungen, die sind dran".
Die gesamte Rechte rückte nach den Verboten der letzten Jahre näher zusammen. Viele militante Nazis wurden in eher "bürgerlichen" rechten Parteien und Sammlungsorganisationen aufgenommen, diverse "Stammtischrunden" mit Bündnischarakter wurden gegründet. Die NF rief zur Gründung völlig eigenständiger "Kameradschaften" auf, die nach dem Zellenprinzip miteinander vernetzt sind, um die Angriffsmöglichkeiten weiterer staatlicher Repression möglichst zu verringern. Gleichzeitig mit der NF wurde die aus dem GdNF-Spektrum stammende "Nationalistische Offensive" (NO) verboten. Sie setzte ebenso wie die NF auf eine straffe Kaderorganisation. Schon 1990 schrieb sie das "autonomnationalistische Manifest", in dem sie den Aufbau "eines wehrhaften Widerstandes, der früher oder später wohl einmünden wird in die Neubildung fanatischer Werwolfkommandos" propagierte. In den Jahren 1990/91 begann der gezielte Ausbau dieses "Werwolf"-Untergrundnetzes. Beteiligt sind vor allem Nazis aus dem Umkreis der NF, der NO, der FAP (Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei, im Februar 1995 ebenfalls verboten), der GdNF und der "autonomnationalistischen Gruppen", die wie der Name bereits aussagt, keiner Organisation direkt zuzuordnen sind. Ein Jahr später erschien die strategische Anleitung

"Eine Bewegung in Waffen", die Christian Scholz unter dem Pseudonym "Hans Westmar" veröffentlichte. Dies zeigt ebenso wie die NEK-Gründung, daß Nazis im deutschsprachigen Raum bereits Jahre vor den Verboten einiger faschistischer Organisationen zielstrebig am Aufbau einer illegalen bewaffneten Struktur arbeiteten. Unter dem gleichen Pseudonym wird eine "Werwolf-Diskette" mit Bombenbauanleitungen sowie ein Video über den Söldnereinsatz im ehemaligen Jugoslawien (siehe unten) vertrieben. Christian Scholz war 1993 Schriftleiter der "HNG-Nachrichten", dem Organ der "Hilfsorganisation für nationale Gefangene und deren Angehörige" (HNG). Die HNG-Nachrichten druckten im Dezember 1993 den Artikel "Zehn Briefe für zehn Jahre Haft" von Franz Radl ab. Dies war der Startschuß für die Briefbombenserie zur Jahreswende 1993/94. Heute ist Scholz abgetaucht.
Im "Deutschen Manifest", das im März dieses Jahres anonym veröffentlicht wurde, wird das "Werwolf"-Konzept aus Sicht der Nazis im historischen Zusammenhang erläutert: Bekanntermaßen wurden 1945 kurz vor der endgültigen militärischen Niederlage des deutschen Faschismus sogenannte "Werwolf-Jagdeinheiten" aus den Kreisen der Hitlerjugend aufgestellt. Sie waren klägliche Haufen kriegsunerfahrener, aber fanatisch verhetzter Kindersoldaten, die als letztes Aufgebot in den letzten Kriegswochen und -tagen verheizt wurden. Ihnen war auch die Aufgabe zugedacht, nach einem Zusammenbruch des faschistischen Staates einen Guerillakrieg gegen die alliierten Besatzungstruppen und die von ihnen eingesetzte Verwaltung aufzunehmen. Aus diesem verdeckten Krieg wurde jedoch nichts mehr. Das "Deutsche Manifest" erklärt nun, dieser "Werwolf"-Guerillakrieg werde nun aufgenommen und zwar exakt auf den 9. Mai 1995 datiert. Er werde sich zunächst gegen jüdische Menschen, Roma, Sinti, ImmigrantInnen, humanistisch Gesinnte, Leute, die für das Recht auf Abtreibung eintreten, Linke, JournalistInnen, PolitikerInnen, Justizangestellte, Kulturschaffende richten. Weiter: "Die Tötung von Feinden und Verrätern im Kriege ist heilige, patriotische Pflichterfüllung". Beamte der Justizbehörden und der Polizei werden darin aufgerufen, Ermittlungen gegen Nazis zu sabotieren.
Heute stellen FaschistInnen ganz offen die Frage nach der staatlichen Macht. Um dieses Ziel zu erringen, sind nun große Teile der gesamten faschistischen Bewegung in eine streng hierarchische Struktur eingegliedert worden, die arbeitsteilig funktioniert. Dieses Ziel wurde von den verschiedenen faschistischen Fraktionen zwar schon lange angestrebt, tatsächlich aber waren sie bisher eher zerstritten und konkurrierten gegeneinander. Erreicht wurde dieses Ziel nun durch die mit der staatlichen Repression gegen faschistische Organisationen entstandene Notwendigkeit, entweder eng und auch illegal zusammenzuarbeiten oder weitgehend lahmgelegt zu werden. Natürlich ist die systemimmanente Halbherzigkeit dieser Repression wichtige Voraussetzung dieses erfolgreichen Einigungsprozesses.
Die strömungsübergreifende Zusammenarbeit in diesem Ausmaß stellt tatsächlich einen qualitativen Sprung dar. Ganz oben in dieser Struktur steht nun eine notwendigerweise *"illegale Kaderorganisation, in der das Führerprinzip verwirklicht ist"*, die *"Organisationsleitung"*. Diese organisiert einerseits den legalen Arm der nationalsozialistischen Bewegung und koordiniert andererseits den illegalen Arm. Legaler und illegaler Arm sind teilweise personell identisch. Der legale Arm soll legale faschistische Propaganda betreiben und den immer offener auftretenden gesellschaftlichen Faschismus in einer wachsenden Massenpartei bündeln. Dazu sollen bestehende Parteien unterwandert, aber auch eigene legale Organisationen zur *"Rekrutierung und Schulung neuer Aktivisten"* unterhalten werden. Die Aufgabe des illegalen Arms besteht aus illegaler Propaganda, intensiver Schulung und Aufbau des "Werwolfs".
Der "Werwolf" besteht aus *"einem möglichst engmaschigen Netz"* von *"Aktionsgruppen"* mit jeweils möglichst fünf Leuten. Sie benennen jeweils einen *"Vertrauensmann"*, der einen *"Versorgungspunkt"* (gleich *"Erdbunker oder sonstiges getarntes Depot"*) unterhält und als Kontaktstelle zur nächsthöheren Kommandoebene fungiert. *"Nur die besten und kampferprobtesten Kameradinnen und Kameraden"* werden in den "Werwolf" aufgenommen, sie werden vom "Referat für Sicherheit" ausgewählt. Dies ist ein schon mindestens über zehn Jahre existierender interner Sicherheitsdienst der NS-Bewegung. Der "Werwolf" besteht aus *"Feierabend-Terroristen"*, d.h. die AktivistInnen führen nach außen hin ein legales, bürgerliches Leben. Einige "Werwölfe" sind in der legalen NS-Bewegung aktiv, andere werden auch innerhalb der rechten Szene als AussteigerInnen gehandelt. Einmal ideologisch und militärisch ausgebildet, werden sie in den "Werwolf"-Kader als *"Schläfer"* eingegliedert. Erst auf Einsatzbefehl der *"Organisationsleitung"* schlagen sie los. Wenn *"das System mittels seines Repressionsapparates die (NS-)Bewegung gezielt oder in einer Art Paniksituation mit Gewalt zu zerschlagen versucht, ist für den Werwolf die unmittelbare Legitimation gegeben, d.h. er darf sich jetzt aller zur Vernichtung des Systems geeigneten Mittel bedienen."* Durch *"gezielte Angstmache"* und *"bewaffnete Propaganda"* soll *"der Gegner in Panik versetzt"* werden, *"um ihn damit zu provozieren, Fehler zu machen"*. Der Gegner wird in diesem Fall sowohl in der kommunalen als auch in der Bundesebene des Staates ausgemacht. Ganz allgemein soll der "Werwolf" mit einer *"Strategie der Spannung"* den Ruf nach einem starken Staat auslösen. Auf diese Strategie wird weiter unten ausführlicher eingegangen. (*Kursiv* gesetztes steht in der "Werwolf-Diskette", zitiert nach "Antifaschistisches Infoblatt" Nr. 30.)
Parallel zum Aufbau dieser Strukturen im deutschsprachigen Raum organisierte die europäische Nazistruktur in den letzten Jahren systematisch die militärische Ausbildung mehrerer hundert Kader- und Straßenfaschisten, vor allem aus der BRD und Österreich. Sie wurden als Söldner nach Kroatien geschickt. Dort existieren einige nichtoffizielle, faschistische Söldnertruppen, wie die HOS oder die Ustascha mit Wohlwollen der kroatischen Regierung. Etliche Nazis, die in der BRD und Österreich mit Haftbefehl gesucht wurden, fanden dort auch Unterschlupf. Viele kamen mit militärischem Knowhow und Waffen zurück. Es existiert also eine relativ große Anzahl ausgerüsteter Nazis mit Bürgerkriegserfahrung. Sie können sich der Unterstützung der noch viel größeren Zahl nichtmilitanter rechtsradikaler AktivistInnen und BürgerInnen sicher sein. Dies ist der Hintergrund des Entstehens größerer faschistischer Terrorgruppen im deutschsprachigen Raum nach dem Zellenprinzip.
Einen Hinweis, wer konkret mit der "Bajuwarischen Befreiungsarmee" in Verbindung stehen könnte, lieferte das

Ausheben des "größten Waffenlagers seit 20 Jahren" (Zitat Landeskriminalamt Bayern) am 17. November 1994 in Traunstein. Die Traunsteiner Kameradschaft der NF nannte sich nach dem NF-Verbot in "Bajuwarische Befreiungsfront" um. Traunstein liegt ca. 25 km vom Salzburger Land entfernt. Bei 27 der insgesamt rund 50 Nazis dieser Gruppe fanden die ErmittlerInnen nicht weniger als 4 Maschinengewehre, 35 Maschinenpistolen und Schnellfeuergewehre, 92 Gewehre, 700 Pistolen, 40 Handgranaten, acht Kilogramm Plastiksprengstoff, 100 Zünder und 22 Kisten Munition und eine selbstgebastelte Rohrbombe. Die Waffen sollten nach Frankfurt/O. und in den Raum Wetzlar/Gießen weiterverteilt werden.
Ein anderer Hinweis ergibt sich aus der Aussage des im Zusammenhang mit der ersten Briefbombenserie verhafteten Berliners Bendix Wendt, der vorher längere Zeit in Kroatien abgetaucht war. Er berichtete von verschiedenen Sprengkursen im ehemaligen KZ-Stollen bei Melk/Donau und bei Königs Wusterhausen im Süden Berlins. Neben dem Umfeld Arnulf Priems war Peter Binder einer der Teilnehmer. Geleitet wurden diese Sprengübungen von dem Deutschen Peter Naumann, mit Scheinwohnsitz Wiesbaden und Hauptwohnsitz Frielendorf (ca. 40 km südlich von Kassel). Naumann wurde in Österreich vor den ersten Briefbomben 1993 zusammen mit Andreas Thierry und Helmut Schatzmayr, den zwei engsten Mitarbeitern von Franz Radl, von der Polizei kontrolliert. Naumanns Wohnung wurde im Februar 1994 von der Polizei ergebnislos durchsucht. Naumann hantiert bereits seit Anfang der 70er Jahre mit Sprengstoff und gilt deshalb unter Nazis im deutschsprachigen Raum als Sprengstoffexperte Nr. 1. Bei einer neuerlichen Durchsuchung im Hause Naumann am 2. März 1995 fanden sich, wen wundert's, zwei Sprengkapseln.
Ähnliche Hinweise gab der "NS-Aussteiger" Ingo Hasselbach, ein ehemaliger GdNF-Kader. Er berichtete über den Aufbau des berliner "Werwolfes", daß die ersten Schulungen zum Briefbombenbau im Sommer 1990 stattfanden. Die TeilnehmerInnen dieser Sprengübungen stammten aus dem Umfeld des damals von Nazis besetzten Hauses in der berliner Weitlingstraße. Dort gingen unter anderem Gottfried Küssel und Arnulf Priem ein und aus. Auch Franz Radl und Peter Binder übten damals schon das Bombenbauen. Technischer Leiter war diesmal Bendix Wendt selbst, der sich ebenfalls seit Jahren mit Bombenbau beschäftigt. Später übte auch Hans-Jörg Schimanek jun. diese Funktion aus.

Wem nützt der faschistische Terror?

Die Anschlagsserie fällt in Österreich in eine Situation, in der sich der Faschismus wieder auf eine Massenbasis stützen kann. Jörg Haiders "freiheitliche" "F"-Bewegung erringt stattliche WählerInnenanteile von 20-30%, bei Kommunal- und Landratswahlen auch erheblich mehr. Die "F" hat in der Politik großen Einfluß und treibt faktisch alle anderen Parteien vor sich her. Diese befinden sich völlig in der Defensive und haben keine grundlegende Alternative zu bieten. Haider inszeniert eine Skandal- und Propagandakampagne nach der anderen. Dabei arbeitet er mit populistischen Verdrehungen und Lügen, gegen die die bürgerlichen Parteien kaum Paroli bieten können oder wollen. Haider hat in der Wirtschaft, dem Verwaltungsapparat und der Exekutive einen großen SympatisantInnenkreis, der ihn mit vielen Insider-Informationen für seine Diffamierungskampagnen versorgt. Insbesondere in der Polizei hat die "F" viele AnhängerInnen: Innerhalb der "Wiener Einsatzgruppe der Alarmabteilung" (WEGA), der wiener Elitepolizeitruppe, kommt die "Aktionsgemeinschaft Unabhängiger und Freiheitlicher" (AUF), das ist die "F"-Gewerkschaft der Polizei, auf stolze 70-80% bei den Personalvertretungswahlen. Innerhalb der WEGA existiert eine faschistische Gruppe mit ca. 50 Mitgliedern (Stand Anfang 1994): die "PSV Polizei Böhse Onkelz". Weiter gibt es dort eine "Aktionsgemeinschaft Alarmabteilung" (AAA), nach einer argentinischen Todesschwadron benannt. Auch die Personalvertretung der wiener Polizei hat dem erst seit Anfang dieses Jahres amtierenden sozialdemokratischen Innenminister Einem mit den Stimmen der "Christlichen Gewerkschafter" und der AUF die Zusammenarbeit gekündigt. Sie drohte, Ermittlungsergebnisse über die Bombenserie nicht an Einem weiterzuleiten. Inzwischen hat sich die österreichische Personalvertretung auch auf Bundesebene gegen Einem ausgesprochen. 1993 machte ein Flugblatt der "Notgemeinschaft der Sicherheitswachebeamten" (NS) von sich reden, weil es in vielen Wachen, Kommissariaten und Kasernen hing. Aus diesem Umfeld bekommen "F" und militante Nazis Informationen zugespielt. Ein Beispiel: Bei der Durchsuchung des Ernst-Kirchweger-Hauses in Wien am 19. April dieses Jahres im Zuge der aktuellen Ermittlungskampagne gegen die gesamte wiener revolutionäre Linke wurde ein Computer beschlagnamt. Bei dieser Durchsuchung tat sich die WEGA wieder mal mit besonders brutalem Eifer hervor. In einer Sondersitzung des österreichischen Parlaments am 5. Mai lag dann einem Abgeordneten der "F" illegalerweise eine Adressenliste aus diesem Computer vor. Aber auch VAPO-Leute rühmen sich, nach linken Demos die Namen, Adressen und Telefonnummern von AnmelderInnen und Festgenommenen zu erhalten. Die Privatadressen und -telefonnummern vom Richter und dem Staatsanwalt im Prozeß gegen den VAPO-Führer Gottfried Küssel, die nur Exekutivbeamten zugänglich waren, wurden in der "Neuen Front", dem Organ der GdNF und in der NSDAP/AO-Zeitung "New Order" abgedruckt. Promt erhielten sie von Küssels Statthalter Gerhard Endres, der zu der Zeit in Küssels Wohnung in Wien wohnte, von dort aus telefonische Morddrohungen. Ein weiteres Beispiel: Einer der Verhafteten im Zusammenhang mit der ersten Briefbombenserie 1993 war Hans Geog Ley. Er war bereits im Südtirol-Terrorismus aktiv und hat gute Kontakte zu süddeutschen Nazis. Seine Frau arbeitet bei der Bundespolizeidirektion Wien und hat Zugang zum Melderegister. Dieser Datenfluß funktioniert aber auch zwischen der BRD und Österreich. Als der berliner ex-Nazi Ingo Hasselbach Aussagen bei der Polizei machte, bekam Küssel diese zugespielt. Daß auch in der bundesdeutschen Polizei faschistische und rassistische Gruppen existieren, ist eine altbekannte Tatsache. Die berliner "Freiwillige Polizeireserve" machte immer wieder durch Nazis in ihren Reihen von sich reden. Die berliner Polizei-Elitetruppe EbLT wurde aus diesem Grund wieder aufgelöst. In Hamburg mißhandelten Polizisten des 11. Reviers regelmäßig Festgenommene und insbesondere Leute, die nicht deutsch aussahen. In Bremen wurden seit zwei Jahren mehrere Fälle von Folterungen vor allem schwarzer und farbiger Menschen bekannt, die Ermord-

ung Halim Deners vor einem Jahr in Hannover durch einen Polizisten ist noch in guter Erinnerung. Mehrere Flüchtlinge wurden in Polizeikasernen "auf der Flucht" oder "durch sich versehentlich lösende Schüsse" ermordet, an den Grenzen sterben immer wieder Flüchtlinge durch Handlungen von Beamten des Bundesgrenzschutzes. Die Durchsetzung der Polizei mit Rechtsradikalen ist soweit verbreitet, daß auch die Grünen dort "einzelne Neonazi-Zellen" ausgemacht haben.
In diesem Zusammenhang ist ein weiterer Mord am Abend des 6. April dieses Jahres in der oberöstereichischen Kleinstadt Ried besonders alarmierend. Aus kürzester Entfernung wurde Raimund Friedl auf belebter Straße durch einen gezielten Herzschuß getötet. Zeugen sahen, wie die zwei Attentäter den leblosen Körper hochhoben und ihn wieder direkt mit dem Kopf aufs Pflaster zurückschleuderten. Die Mörder verschwanden in der sich rasch bildenden Menschenmenge. Ganz offensichtlich verwechselten die Mörder das Opfer mit dem österreichischen Journalisten Wolfgang Purtscheller. Purtscheller war an diesem Abend Referent auf einer Antifa-Veranstaltung in Ried, anschließend besuchte er gemeinsam mit Friedl eine Bar. Kurz nachdem Friedl die Bar wieder vor Purtscheller verließ, wurde er erschossen. Friedl hatte eine auffallende äußere Ähnlichkeit mit Purtscheller, insbesondere trugen sie an diesem Tag sehr ähnliche Kleidung. Das Projektil mit dem Friedl hingerichtet wurde, stammt aus dem ehemaligen Ostblock und wird auch im jugoslawischen Krieg eingesetzt. Purtscheller steht schon länger auf der Abschußliste von Nazis, denn er veröffentlichte Bücher über österreichische Nazi-Strukturen und recherchierte viele Hintergründe der Briefbombenserie. Er brachte aber auch viele Ermittlungen der Polizei, die in die Irre führen sollten, an die Öffentlichkeit und outete faschistische Gruppen innerhalb der Polizei. Brisant ist in diesem Zusammenhang, daß Purtscheller bereits am 22.9.1994 mit den Worten "Das ist er, den kennen wir, schnappt´s euch den!" von wiener Polizisten schwer verletzt und verhaftet wurde. Ein Polizeiarzt meinte damals zu ihm: "Auftreten brauchst eh´nimmer, Du Sau!". Auf der Wache sprachen sich der Kommandant mit seinen Kollegen über ihre Aussage betreffs dieses polizeilichen Überfalls ab. Purtscheller wurde bereits wenige Tage vorher auf dem wiener Flugplatz von der Kripo kontrolliert, als er aus Berlin von einer Veranstaltung zum "Kaindl-Prozeß" kam. Die Frage nach den Mördern Friedls stellt sich also auch im Zusammenhang mit den organisierten Nazigruppen innerhalb der Polizei. Waren es Nazis, die sich des polizeilichen Wohlwollens sicher sein dürfen oder waren es Nazi-Polizisten? Dann dürfen wir nämlich zumindest in Österreich von der Existenz einer klassischen Todesschwadron ausgehen.
Während die radikale Rechte in Österreich also viel Rückhalt in breiten Bevölkerungsschichten hat und sich stark im Aufwind befindet, sind "DemokratInnen" und die bürgerliche Linke konzeptlos und in der Defensive. Nahezu die gesamte radikale Linke wird derzeit vom österreichischen Staatsschutz ausgeforscht und durchleuchtet. Die Bombenserie zielt in dieser Situation auf eine Destabilisierung des Parlamentarismus in seiner jetzigen Form mit der "Sozialpartnerschaft" als eines der Grunddogmen der österreichischen Nachkriegsgesellschaft. Der Bombenterror fördert den Ruf nach einem starken Staat mit straffer Führung. Ein Modell für diesen Präsidialstaat hat Jörg Haider bereits in seinem Buch "Die Freiheit, die ich meine" entworfen. In einem solchen Staatsmodell stehen die Parteien in direkter Abhängigkeit der großen Wirtschaftskonzerne. Die wiener "Antifa Jugend Aktion" analysiert das in ihrem Flugblatt: "Haider, GLADIO und die Bombenattentate" so: "Unliebsame, weil veraltete politische Strukturen wie die Sozialpartnerschaft sollen durch Terror destabilisiert und durch modernere Machtstrukturen, eben dem Lobbying der Großkonzerne, wie Haider es fordert, ersetzt werden." Die Europäische Union solle eine Spielwiese für Großkonzerne werden, dem müsse Österreich nun angepaßt werden.
Die aktuelle Bombenserie erinnert in seiner Zielrichtung an früheren faschistischen Terror. Im Jahr 1980 verübte eine europaweit koordinierte Nazistruktur eine verheerende Bombenserie. Anfang August explodierte auf dem Bahnhof der damals kommunistisch regierten Stadt Bologna eine Bombe, bei der 83 Menschen ums Leben kamen. Am 26. September detonierte die nächste Bombe auf dem münchener Oktoberfest, 13 Leute starben. Die Synagoge von Paris war am 3. Oktober das nächste Ziel. Ein geplantes Attentat auf den Londoner Karneval im Januar 1981 konnte gerade noch durch antifaschistische Recherche verhindert werden. Der verwendete Sprengstoff beim Anschlag von Bologna soll aus einem Depot der NATO-Geheimtruppe GLADIO stammen. Mit an der Planung dieses Anschlags beteiligt waren der Wehrsportgruppen-Führer Karl-Heinz Hoffmann und der Großmeister der Geheimloge P2, Licio Gelli. Sitz der P2 ist Italien, es ist aber sehr wahrscheinlich, daß ihr tatsächlicher Einflußbereich wesentlich größer ist. In der P2 versammeln sich viele der mächtigsten Leute aus aller Welt, einschließlich GeheimdienstlerInnen. Immer wieder aufs neue ersinnt die P2 Umsturzpläne in Italien. Sie existiert offenbar zumindest in Italien in einer Art Symbiose mit teilweiser Personalunion mit der bereits in den 50er Jahren von CIA und dem britischen Geheimdienst initiierten europaweiten GLADIO-Truppe bzw. deren Nachfolgestrukturen. So wurden im CIA-Büro in Rom "einige Listen von extrem rechten paramilitärischen Formationen, die ihre Dienste in antikommunistischer Funktion schon seit langem angeboten haben" geführt. Die Namen von "über 2000 (...) Männer, die töten, Sprengköpfe und Brandbomben legen können (...)" finden sich dort. (Zitat "Blätter für dt. u. int. Politik", Bonn, 4/1991.) Aber auch linke Strukturen werden von GLADIO unterwandert, so waren z.B. die italienischen "Brigate Rosse" von Beginn an von militärischen und zivilen GeheimdienstagentInnen unterwandert. GLADIO wird von zentraler NATO-Ebene aus über die jeweiligen nationalen Geheimdienste gelenkt. Diese handeln dabei oft ohne Wissen der eigenen Regierung. Die Führung der BRD-Abteilung namens "stay behind" liegt beim "Bundesnachrichtendienst" (BND) in Pullach. Dort wurden zeitweise 75 Stellen, später 35 eigens für "stay behind" geführt. GLADIO hatte früher zwei Aufgaben: Zum einen sollten diese NATO-Terroristen im Falle einer Besetzung eines europäischen NATO-Staates durch Truppen des Warschauer Paktes hinter den feindlichen Linien einen Guerillakrieg aufnehmen und "linke" PolitikerInnen des besetzten Landes ermorden. Damit sollte eine mögliche neue sozialistische Führung von vornherein ausgeschaltet werden. Die andere Aufgabe besteht aus innenpolitischer Intervention in europäischen NATO-Staaten, falls dort eventuell eine "linke" Regierung an die Macht kommen könnte.

Erreicht werden soll dieses Ziel durch eine gezielte Destabilisierungskampagne. Dies bedeutet zum einen verdecke politische Einflußnahme und zum anderen breiten Terror gegen die Zivilbevölkerung. Damit soll dann ein autoritärer Staat legitimiert werden. In Italien wurde diese "Strategie der Spannung" von 1969 bis Anfang der 80er Jahre massiv umgesetzt. Zahlreiche politische Attentate, (offenbar müssen hier auch einige der "Brigate Rosse"-Attentate dazugerechnet werden), Massaker und Bombenanschläge überschwemmten das Land, für die nie tatsächlich Verantwortliche gefunden wurden.
Es ist durchaus naheliegend, daß heute nach dem Zusammenbruch des Ostblocks die Beseitigung der parlamentarischen Demokratien in Europa als neue Zielsetzung festgelegt wurde, da sie für einen weiteren Profitmaximierungsschub der multinationalen Konzerne hinderlich geworden sind. Um dieses Ziel umzusetzen, werden nun die traditionell guten Kontakte westlicher Geheimdienststrukturen zu NaziterroristInnen erneut in Gang gesetzt. Die Frage, ob die Geheimdienste und die hinter ihnen stehenden Wirtschaftsmächte dabei die FaschistInnen benützen oder tatsächlich eher umgekehrt, ist wohl zweitrangig. Ihr gemeinsames Ziel in Europa ist eine drastische Einschränkung der individuellen und auch der Menschenrechte und eine Maximierung der Ausbeutung.

Und was machen wir?

Egal ob aus eigenem Machtstreben heraus mit dem Ziel eines faschistischen Putsches oder als (allerdings nicht uneigennütziges) "Werkzeug" tiefer liegender Macht- und Profitinteressen imperialistischer Kreise, es werden sich faschistische Terrorgruppen größeren Ausmaßes und mit hohem technischem Standard entwickeln. Die österreichische "Bajuwarische Befreiungsarmee" ist die erste dieser Art, die nun von sich Reden macht. Sicher wird sie nicht die einzige bleiben. Hier stellt sich uns die Aufgabe, uns darauf einzustellen und eine passende Antwort zu finden. Mit einem mehr oder weniger regional orientierten Betroffenheits-Antifaschismus kommen wir hier nicht mehr weiter. Ohne Zweifel ist eine sensibilisierte linke Öffentlichkeit notwendig, um sich darin zu bewegen und Unterstützung zu erfahren. Bündnisfähigkeit ist in einer sich zuspitzenden Situation überlebensnotwendig. Genauso notwendig wird es aber auch werden, hinter die Kulissen der Nazi-Organisationen zu schauen. Wir müssen uns vor allem verstärkt um deren UnterstützerInnen aus dem staatsterroristischen Bereich kümmern, der fern ab jeglicher alibihaften "parlamentarischen Kontrolle" und sogar oft ohne Wissen bzw. gegen die jeweiligen nationalen Regierungen operiert. Wenn ein faschistischer Machtwechsel bevorsteht, so ist er nur mit Billigung, wenn nicht gar tatkräftiger und maßgeblicher Unterstützung von GLADIO und deren Hinterleute möglich. Hier besteht noch viel Aufklärungsbedarf über Zusammenarbeit und Strukturen. An diesem Punkt könnten sich auch tatsächlich sensible taktische Angriffspunkte für einen längerfristig handelnden Antifaschismus zeigen. Dazu wird es notwendig sein, daß Teile der antifaschistischen Bewegung von einer aktionistischen und an öffentlichkeitswirksamen Kampagnen orientierten Praxis zu einem strategischen Handeln finden. Das Ziel müsste eine möglichst umfassende Behinderung bzw. Ausschaltung der faschistischen Hintergrundstrukturen und Unterbrechung ihrer internationalen Vernetzungen sein. Darüber hinaus wird es nötig werden, den "Staat im Staat", insbesondere die geheimdienstlichen Counterstrukturen wirksam anzugreifen. Wir werden auch dem Entstehen von Todesschwadronen begegnen müssen. Logisch, daß dies alles nicht mit schnellebigen autonomen Kleingruppen machbar ist, sondern wachsende und verbindliche Strukturen erfordert. Genausowenig wird dies eine leicht angreifbare feste legale Organisation leisten können. Diese könnte allerdings auf dem Gebiet der Sensibilisierung einer breiteren Öffentlichkeit und einer öffentlichen Bündnispolitik durchaus einiges erreichen. Arbeitsteiliges Handeln bei gegenseitiger Respektierung könnte hier doch eine erfolgreiche Perspektive sein.
All dieses stellt aber keineswegs die Notwendigkeit in Frage, dem gesellschaftlichen Faschismus in der Schule, der Universität, auf der Arbeit, auf der Straße, im Supermarkt, bei Behörden, Polizei usw. alltäglich entgegenzutreten und auch eigene Verhaltensweisen kritisch zu hinterfragen, denn Faschismus fängt in den Köpfen der einzelnen Menschen an.

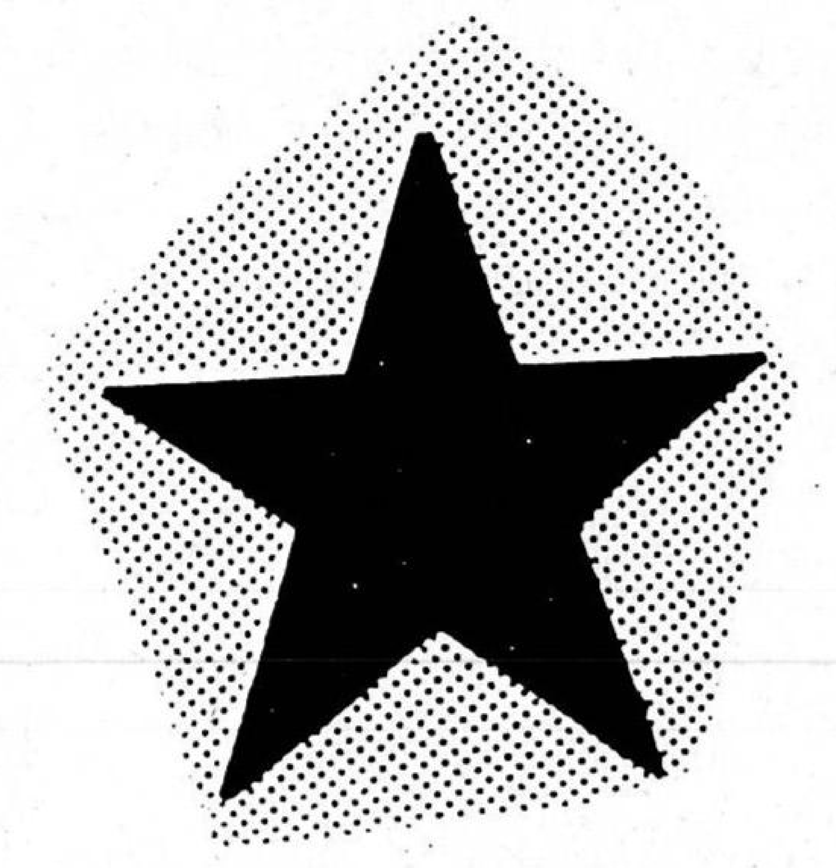
Anna Lyse

Legal, Illegal, Scheißegal !!!

aber lieber wie ein Fisch im Wasser als einsam und vertrocknet am Flußrand

Ein Diskussions-Beitrag zu militantem Widerstand für die Veranstaltung im EX am 13.August 1995

Vorweg kurz etwas zur Begrifflichkeit von Militanz:
Unserer Meinung gibt es hier in der BRD eine viel zu reduzierte, hierarchisierende, ausschließende Definition von Militanz, unter der allgemein illegale Widerstandsformen gemeint sind. Der /die Militante wird mit der StraßenkämpferIn, HausbesetzerIn oder SaboteurIn identifiziert.
Militant sein kann aber auch viel mehr bedeuten. Es kann auch eine Lebensweise, Haltung, Radikalität oder eine tiefere innere Überzeugung gegen Unterdrückung, Macht und Unrecht ausdrücken, - die Form ist dabei nicht entscheidend. So heißt auch aus dem Spanischen übersetzt Militanz Kampf, nicht Gewalt.
Insofern halten wir eine Auseinandersetzung über die Definition von Militanz für notwendig.



Die Repression (Festnahmen, Verfahren, Haftbefehle us.w.) gegen linksradikale Strukturen wg. mit dem mißglückten Anschlag auf den Abschiebeknast Grünau, den Anschlägen der AIZ und der Herausgabe der Zeitung Radikal stehen, stehen im unmittelbaren Zusammenhang mit militantem Widerstand und militanter Politik.
Das zu leugnen, wäre unehrlich. Und jede/r , die/der illegale Aktionen macht, und diesen Schritt ganz bewußt geht, weiß daß die Repression des Staates folgen kann. Oder anders ausgedrückt : Das der Staat uns bekämpft, ist eine logische Konsequenz der realen Machtverhältnisse dieser Gesellschaft.
Deswegen lehnen wir auch eine Trennung von Repression und Widerstand in der Solidaritätsarbeit ab.
Beides gehört zusammen und sollte nicht voneinander losgekoppelt werden.
Auch gerade Deshalb werden wir jetzt auch ein paar Sachen zu militanten Widerstand schreiben.

Hätte es am 11.April um 3.30 Uhr im noch befindlichen Bau des zukünftigen Abschiebeknastes Berlin-Grünau einen kräftigen Rums gegeben und das Scheißding wäre in die Luft geflogen, so hätten wir uns alle riesig gefreut.
So wäre es doch gewesen , oder ??
Wir hätten uns in ähnlicher Weise gefreut und die Aktion als politisch notwendig betrachtet und gewertet wie 1993, als die RAF den fast bezugsfertigen Knastneubau Weiterstadt sprengten und mehrere Millionen DM Schaden verursachten. Die Interim brachte damals das Foto des zerstörten Knastes als Titelbild.
Und die junge Welt vom 15.April 1995 schreibt zu Grünau : *"(...) es scheint allerdings naheliegender, daß eine erfolgreiche Sprengung des Abschiebeknastes zahlreiche Menschen vor einer lebensgefährlichen Abschiebung zumindest vorübergehend bewahrt hätte."*
Allerdings stellt sich die Frage, warum einerseits solche geglückten Aktionen von der Szene groß bejubelt werden, sich aber andererseits bei schiefgegangenen Unternehmen wie in Grünau mit der Folge von Haftbefehlen wenig bis garnicht verhalten wird ??? Fast 3 Monate war es mucksmäuschen still. Skandalös!!
Drückt das nicht auch ein schräges Verhältnis der Szene zu illegalen Aktionen aus ??? Oder hat das ganz andere Gründe??

Grundsätzlich begreifen wir militante, illegale Aktionen als einen **integralen Teil** des Protestes und Widerstandes gegen Herrschaftsverhältnisse , um dadurch sowohl auf existierende Unterdrückungsverhältnisse/Ungerechtigkeiten u.s.w. aufmerksam zu machen, eine Öffentlichkeit zu schaffen und aufzuklären als auch oder gar beides zusammen ganz konkret und direkt Projekte/Vorhaben und Pläne der Regierenden effektiv zu behindern , verhindern oder zu zerstören (siehe Weiterstadt).
Die Anwendung von Gewalt/revolutionärer Gewalt halten wir unter bestimmten Voraussetzungen nicht nur für legitim, sondern auch für unverzichtbar.
Wir werden uns **nicht** an den vom Staat vorgeschriebenen legalen Rahmen von Protest und Widerstand halten.
Denn damit wären wir auch kontrollier-, berechen-, und beherrschbar. Und auch die Geschichte beweißt, daß die Herrschenden ihre Macht noch nie freiwillig abgegeben haben.
Also- eine Absage an Gewalt wird es von uns nicht geben- nicht heute und auch nicht in Zukunft.!!!!!

* Am 3.Juli haben Autonome Gruppen und Frauen/Lesben-Gruppen in Solidarität mit Mumia Abu Jamal bei 7 Filialen der US-Amerikanischen Citibank Parolen geprüht, Fenster zerstört, Schlösser zugeklebt und Geldautomaten beschädigt.
Zehn Tage später, am 13.Juli hat ein Kommando Assata Shakur einen Anschlag auf die Chrysler-Filiale in Kassel verübt.
Dieses sind nur zwei Aktionen, die sich neben einer Vielzahl von anderen und recht unterschiedlichen Protestbekundungen einreihen (wie Demos, Unterschriftensammlungen, Petitionen, Asylbegehren, Veranstaltungen, Lesungen u.s.w.) in einer weltweiten Kampagne für den Stopp der Hinrichtung und die Freilassung des schwarzen Journalisten Mumia Abu Jamal. Das die Hinrichtung jetzt vorläufig ausgesetzt wurde, ist ein Teilerfolg und auch auf den öffentlichen politischen Druck zurückzuführen.

* Vermehrt werden die Bahnlinien der DB, auf der die Castor-Transporte rollen , von militanten Anti-Castor GegnerInnen angegriffen, wobei die Oberleitungen beschädigt werden, die Gefährdung Unbeteiligter jedoch ausgeschlossen werden kann.
Und in der Interim Nr.340 vom 20.Juli wird breit und lang von einer militanten Gruppe, verantwortlich für die Fällung eines Starkstrommastes (380.000 Volt) in Brandenburg/Havel mit 2 Millionen DM Sachschaden, erklärt, wie ein Strommast umzuhauen ist.
Solche Aktionen sind auch Teil eines breiten Widerstandes im Wendland gegen den Castor und die Atompolitik des Staates. Eine bunte Mischung hat sich da zusammen gefunden. Und Sabotage oder Ähnliches findet dort mehr Sympathie und Unterstützung als in anderen Bereichen.

* Am 24.Juli haben die Rote Zora die Werft der Firma Lürssen in Lemwerder bei Bremen mit einem Sprengsatz heimgesucht. Sie ist einer der Rüstunngslieferanten für das türkische Regime, das einen mörderischen Krieg gegen die KurdInnen führt. In ihrer 6-seitigen Erklärung schreiben die Zoras unter anderem: *"Mit dem PKK-Verbot letztes Jahr hat sich das BRD-Regime noch dazu ein bisher beispielloses Mittel zur rassitischen Verfolgung und Kriminalisierung - der KurdInnen- geschaffen. Es ist uns ein Anliegen, die Passivität vieler Frauen- und linker Zusammenhänge gegenüber dem kurdischen Widerstand und der massiven Repression an den hier Zuflucht suchenden und den Widerstand zuhause unterstützenden KurdInnnen aufzubrechen."*
Schließlich hatte auch das K.O.M.I.T.E.E. mit einem Anschlag die Bundeswehrkaserne in Bad Freienwalde am 27.10.94 angegriffen, weil sie ,die Bundeswehr den türkischen Krieg gegen die PKK und gegen die kurdische Bevölkerung massiv unterstütze.
Hier in Berlin wird der Hungerstreik von bis zu 170 KurdInnen, die sich mit dem Hungerstreik von 10 000 kurdischen Gefangenen in den Knästen Nord-Kurdistans/Türkei solidarisieren, fortgesetzt.

* Und schließlich hat die Gruppe das K:O:L:L:E:K:T:IV: mit zwei Anschlägen vom 7/8.Juni auf die Bau- und Gerüstfirma Allround und vom 17/18.Juli auf die Firma Kuthe zwei Firmen besucht, die sich ganz aktiv am Bau des Abschiebeknastes Berlin-Grünau beteiligt haben.

ABER:
Eine Glorifizierung und Hierachisierung von Militanz lehnen wir ausdrücklich ab.
Dazu zählen auch das oft unhinterfragte Heldentum und das Ausleben von Macker - und Gewaltphantasien unserer steinewerfenden Straßenkämpfer.
Ein anderes negatives Beispiel der jünsten Vergangenheit ist da das vierfarbige Soli-Plakat mit der Überschrift "Gegen die Kriminalisierung des linksradikalen Widerstandes", das von der Aufmachung und Art sehr an die klischeebeladenen und mythenbildenden Anti-Fa (M) - Plakate aus Göttingen erinnert.
Auf diesem Plakat sind ausschließlich drei obermilitante (Steine ausbudelnde, Mollie haltende Personen und abgebrannte Wannen) Titelblätter der Radikal (NR: 140, 142, 145) abgebildet. Das reduziert sowohl die Radikal mit ihrer fast 20-jährigen und wechselhaften Geschichte als auch den Widerstand in seiner Gesamtheit auf eine ganz bestimmte Art von Militanz , die zwar existiert, in seiner Ausschließlichkeit , aber nicht repräsentativ für den Widerstand steht (erst recht nicht heute)
Ein abgefackelter Sex-Shop beispielsweise kann zum richtigen Zeitpunkt am richtigen Ort genauso wichtig und politisch notwendig sein, wie ein geschriebenes Flugblatt, eine Veranstaltung, eine Diskussion , ein gemaltes Plakat, eine Auseinandersetzung mit Freunden, eine Demo, u.s.w.
Verschiedene Widerstandsformen stehen für uns jedenfalls gleichberechtigt nebeneinander.

*Eine andere nicht unwesentliche Frage militanter Politik ist, inwieweit militante Aktionen, die nicht in soziale Bewegungen, Kämpfe, Streiks, Auseinandersetzungen eingebunden und eingebettet sind, also politisch weitgehendst isoliert sind , überhaupt politisch von Nutzen sind und Sinn machen.?????
Außer moralisierend und subjektivistisch beweisen zu wollen, daß es weitergeht -egal wie.
Es scheint deutlich, daß gerade dann , wenn es solche größeren Bewegungen und Kämpfe gibt, die auch von einem nicht unwesentlichen Teil der autonomen, radikalen Linken aufgegriffen werden, militante Aktionen eine breitere gesellschaftliche Akzeptanz erfahren und durchaus mehr Sympathie erhalten wie z.B Anti-AKW-Kämpfe (Gorleben), Häuserkämpfe, Anti-Olympia-Kampagne, u.s.w.
*War somit der versuchte Anschlag in Grünau eine isolierte Aktion, weil sich die autonome Linke eben weitgehend nicht mit der rassistischen Flüchtlings-Politik des deutschen Staates beschäftigt hat ???
*Oder macht es überhaupt noch Sinn, zumindest zum jetzigen Zeitpunkt, aufgrund der Repression und der allgemeinen Schwäche der Linksradikalen, militanten Widerstand zu leisten ??
Fragen, die wir gemeinsam beantworten müssen ! Wir hoffen auf konstruktive Diskussionen.

Kritik, Selbstkritik und Auseinandersetzung an militanten Aktionen (Gruppen). sind notwendig und unersetzbar.
Die Kritik fällt dabei jedoch in Form und Inhalt sehr unterschiedlich aus :


Wir zeichnen hier keine Linie, die es so auch gar nicht gibt, sondern geben nur einzelne Beispiele

1. AIZ :
Ein Kritikpunkt an den AIZ sind ihre potentiell tödlichen Bedrohungen (Aktionen), in denen sie PolitikerInnen, deren Familienangehörige und NachbarInnen einschließen, bzw. nicht ausdrücklich ausschließen.
Die Gruppe Barbara Kistler kritisiert das und schreibt dazu :
"Revolutionäre Verantwortung heißt, die Gefährdung Beteiligter gegen den politischen Nutzen abzuwägen. (...) Die Gefährdung Unbeteiligter muß in jedem Fall ausgeschlossen werden können. Eine "der Zweck heiligt die Mittel" - Skrupellosigkeit lehnen wir ab." (Interim Nr.327, 13.April 1995)
Ein weiterer wesentlicher Kritikpunkt ist die undifferenzierte positive Bezugnahme der AIZ auf islamische und andere Befreiungsbewegungen/ Organisationen/ Staaten u.s.w.
" das prinzip "zusammen kämpfen" zwischen den antiimperialistischen kräften innerhalb und außerhalb der metropole wird nur wirklichkeit, wenn die schwachen kräfte, die innerhalb der metropole kämpfen, sich in praktischen bezug setzen zum kampf antiimperialistischer kräfte außerhalb der metropole (...) ...das sind die kämpfe von marokko bis ägypten, von palästina bis tschetschenien und von tadschikistan bis zu den philipinen. vor diesem hintergrung fordern wir in der brd-linken eine auseinandersetzung mit den schwestern und brüdern ein, die dort auf islamischer grundlage kämpfen, diese kämpfe sind dort sehr grundlegend antiimperialistisch" (AIZ vom 13.7.1995)
Auch in diesem Zusammenhang kritisiert die Gruppe Barbara Kistler, insbesondere wegen der positiver Bezugnahme der AIZ auf Ghaddafi und den lybischen Staat aus der Erklärung zu dem Anschlag gegen Dr.Köhler (Vorsitzender der deutsch-Marokkanischen Gesellschaft) vom 22.Januar 1995 wie folgt:
" Eine objektiv antiimperialistische Position, wie Lybien sie hat, reicht nicht, wenn dieswe Position nicht mit elementaren Grundsätzen emanzipatorischer Politik verbunden ist. Wenn Ghaddafi im "Grünen Buch" z.B. schreibt, daß die Natur der Frau eine natürliche Rolle zugewiesen hat und die Mutter, die auf Mutterschaft verzichtet,... ihrer natürlichen Rolle im Leben widerspricht" fehlt die Basis für Solidarität:
Sie, die Gruppe Barbara Kistler fordert in dem gleichen Schreiben (13.4.95) die AIZ sogar auf, ihr Projekt aufzulösen, da die AIZ ihrer Meinung nach keines der Kriterien, an denen sie revolutionäre Gruppen messen, erfüllt.
Eine wirklich kritische aber auch genaue Auseindersetzung mit der AIZ ist notwendig, um nicht in allgemeine Plattheiten zu verfallen.

2. KGK:
Einige Kritik gab es auch an Theorie und Praxis der Gruppe KGK aus Berlin.
Eine Frauengruppe "Banane gegen Banane" schreibt u.a. in der Interim Nr.262 vom 18.November 1993 : *"Wie der Name schon verrät, bezieht sich die Gruppe auf das Proletariat.(....) Sexismus und Rassismus existieren für sie als Spaltungsmechanismen der ausgebeuteten Klasse.(...) Wenig bis kein Wort zur inneren Befindlichkeit des Proletariats, dessen Rassismus, Kulturchaivinismus, Moral- und andere Wertevorstellungen, wo sich das Proletariat mit der ökonomisch herrschenden Klasse die Hand reicht. Nichts zu sexuellen Mißbrauch an Mädchen und Jungen, zu Kindesmißhandlung, der proletarischen Männern (und auch Frauen) genauso eigen ist wie Vertreter(innen) anderer Klassen auch und viele Sachen mehr.(...) Es gibt wenig Positives an den (um mit eurem Begriff zu reden) proletarischen Lebensstrukturen, das es wert wäre, verteidigt zu werden. Ihr steht dem kritiklos gegenüber, eure Politik bleibt, wenn sie diese Dinge nicht beim Namen nennt und verändern will, konservativ. Es geht vielmehr um die Zerstörung der ganzen Wertevorstellungen und um den Aufbau von anderen, neuen (von uns aus auch proletarischen) Lebensstrukturen."*

3. RAF :
So setzt sich beispielsweise Birgit Hogefeld am 25.Juli diesen Jahres sehr selbstkritisch mit der Erschießung des 19-jährigen GI's Pimental durch die RAF vom August 1985 auseinander (siehe junge Welt vom 26.Juli 95). Sie schreibt u.a. dazu : **"Gerade Aktionen wie die gegen die Air-base in Frankfurt 1985, die Erschießung Pimentals oder die Aktion in Ramstein 1981 (ein Kommando Sigurd Debus verübt im August 1981 auf das Hauptquartier der US-Luftstreitkräfte in Europa in Ramstein einen Bombenanschlag, bei dem 14 Menschen verletzt werden, Anm. unsererseits) machen deutlich, wie in dieser Logik als Antwort auf die weltweite Verschärfung von Krieg, sich alles zum Militärischen hin schieben kann.(...) Heute denke ich,daß damals alle in der RAF und aus dem engen politischen Zusammenhang gespürt haben, daß die Entscheidung, sich ernsthaft der Kritik an der Erschießung ddes GI zu stellen, unweigerlich eine Lawine von Fragen losgetreten hätte, die weit über diese konkrete Aktion hinausgegeangen wären. Bei einer solchen Diskussion hätte deutlich werden müssen, daß diese Aktion keinesfalls als eine Art politischer "Unfall" oder Fehler angesehen werden kann, sondern eine logische Entwicklung aus unserem damaligen Denken und Politikverständnis war."** Die Aktion wurde damals von Autonomer und linksradikaler Szene vehement kritisiert und abgelehnt.

Dies sind nur einige Beispiele von notwendiger Kritik; einzelne Punkte können in diesem Rahmen nur angerissen werden. Ein Anspruch auf Vollständigkeit können wir hier auch gar nicht erfüllen.
Ausführlichere Diskussionen und Auseinandersetzungen müsen wir alle führen.
VordenkerInnen brauchen wir nicht.



Militanter, illegaler Widerstand wird heute von den meisten Medien ganz konsequent totgeschwiegen oder verfälscht wiedergegeben . Auch gerade deshalb hat die Radikal als Medium, als Zeitungsprojekt immer versucht, dem Etwas entgegenzusetzen. Sie steht für eine unkontrollierte Widerstandspresse !!!!!!!
Sie hat immer eindeutig, aber nicht widerspruchslos , Stellung für den militanten und bewaffneten Kampf bezogen hat. In Ihr gab/gibt es BekennerInnenbriefe, Bauanleitungen für Sprengsätze und Diskussionen über Theorie und Praxis eben jener militanten Widerstandsformen.
Die Radikal kann und darf darauf jedoch überhaupt nicht reduziert werden. Es gibt neben einem informativem Block (OLGA) auch inhaltliche Schwerpunkte. So z.B. die Geschichtsserie **Gegen das Vergessen**. Auch steht die Zeitung für eine eigenständige autonome Frauenredaktion.
In der letzten Ausgabe Nr.152 vom April 95 gibt es Berichte über Frauenaktionen, MigrantInnen zum Kaindl-Verfahren in Berlin, Widerstand in Abschiebeknästen, Chronologie der Repression gegen KurdInnen, Radio als Kommunikationsmittel, Antinationale Debatte, Anti-Fa u.s.w.

Sollte der Staat mit seinem Kriminalisierungsversuch der Radikal erfolgreich sein, so würden dann in Zukunft auch andere linke Medien (interim, arranca, u.a.) potentielle Angriffsziele des Staates
Auch Deshalb müssen wir jetzt diesen Angriff des Staates gemeinsam abwehren und uns das Recht auf eine unkontrollierte und unzenzierte Widerstandspresse erhalten und ständig neu erkämpfen !!!!!!!!!!!!!!!!!!
Auch wenn nur einige betroffen sind, gemeint sind doch wir alle!!!!

So das wars erstmal – beteiligt euch an den Diskussionen – sagt was ihr denkt !!!

Solidarität mit den Gefangenen Werner, Rainer, Ulf, Andreas und Ralf !!!
Viel Kraft und Liebe für Bernhard, Peter, Thomas und Cengiz die auf der Flucht sind
Für ein herrschaftsfreies Leben
Venceremos

und schreibt den Gefangenen:
Werner Konnerth, Rainer Paddenberg, Andreas Ehresmann, Ralf Milbrandt und Ulf Bündermann
über Ermittlungsrichter am BGH Dr. Beyer, Herrenstraße 45a 76133 Karlsruhe

Und schließlich: Widerstand ist nie umsonst– Wir benötigen viel Geld– spendet an :
Berliner Solikonto , Rote Hilfe Berlin, Stichwort 13.6. ,
konto–Nr. 7189 590 600,
Berliner Bank BLZ 100 200 00

tschüs, mir langt's ... it's better on the bahamas

sieg im papierkrieg!!!

radikal

SOFORTIGE FREILASSUNG VON RAINER, ÖMER UND ALLEN ANDEREN POLITISCHEN GEFANGENEN! FÜR FREIE POLITISCHE KOMMUNIKATION UND DISKUSSION!

Chronologie der Repressionswelle gegen linke Menschen und Gruppen in Münster

Wir wollen mit diesem Papier über die laufende Repression gegen Menschen aus der linken Szene in Münster informieren.

Im **Februar 1995** durchsuchten Beamte der politischen Polizei die **Uni-Fachschaft Soziologie** und beschlagnahmten ein Exemplar der Zeitung **radikal** Nr.151, ein Flugblatt zu Kurdistan und ein Plakat zum 16jährigen Kurden Halim Dener, der in Hannover von einem Polizisten beim Plakatieren eines ERNK-Plakates erschossen worden ist.

Am **22.März** drangen Polizeibeamte gewaltsam in die Wohnung des Kurden Ömer Eren ein.

Einem in Ömers Bett schlafenden Kurden setzten sie die Maschinenpistole vors Gesicht und zogen ihm die Bettdecke weg.

Obwohl sie wußten, daß sie "den Falschen" hatten, durchsuchten sie anschließend sein Auto und seine Wohnung in Nottuln und hielten ihn über acht Stunden fest, bis sie Ömer in seiner Wohnung festnehmen konnten.

Ömer ist anerkannter politischer Flüchtling und setzt seine politische Arbeit auch in der Bundesrepublik fort.

Ihm wird vorgeworfen, in der Nacht vom 18. auf den 19.März, einen Brandsatz in ein türkisches Reisebüro an der Grevener Straße geworfen zu haben.

Obwohl er für die Tatzeit ein Alibi hat und sechs ZeugInnen ihn entlastet haben, will die Justiz Ömer bis zum Prozeß weiter in Untersuchungshaft festhalten.

Vom Umgang mit ZeugInnen:

Morgens standen die Beamten bei allen ZeugInnen vor der Tür und forderten sie auf, mit auf die Wache zu kommen und "ihre Aussage zu machen", in den meisten Fällen ohne Rechtsbelehrung. Nur zwei machten von ihrem Aussageverweigerungsrecht Gebrauch.

Die Anderen wurden stundenlang verhört -u.a. zu persönlichen Verbindungen von Freundinnen, Freunden und Bekannten. Warum sie zu Kurdistan arbeiten, wie sie zur PKK und zur Gewalt stehen, interessierte die Ermittler mindestens ebenso sehr, wie Ömers Schuld oder Unschuld.

Eine Zeugin wurde während des Verhörs zur Beschuldigten erklärt, dann aber wieder zur Zeugin.

Die Kurdin, die nur noch eine Niere hat, die nur eingeschränkt arbeitet, klagte mehrfach über Kopf- und Nierenschmerzen. Trotzdem wurde sie über 5 Stunden lang verhört und es wurden ihr Aussagen abgepreßt.

Abends mußte sie von Freunden wegen einer schweren Nierenentzündung ins Krankenhaus gebracht werden.

In den folgenden Tagen tauchten dort mehrfach Polizeibeamte auf, um zu versuchen, sie zu vernehmen, ihr "Simulation" vorzuwerfen, oder sie zu fragen, ob sie von "PKK-Schergen" zusammengeschlagen worden sei.

Erst nach Intervention des Arztes waren die Beamten bereit zu gehen!

4.April: Razzia im Infoladen *Bankrott*

Am **4.April** um 7.30 Uhr morgens brachen 8 Polizisten das Schloß des Infoladen *Bankrott* im Dahlweg 64 auf und wühlten zwei Stunden lang in Auslageregalen, im Computer, in Schränken und Schubladen herum. Zeitgleich wurde die Wohnung des Anmelders des Ladentelefons von sechs Beamten durchsucht.

Im Laden, wie in der Wohnung wurden zahlreiche Informationsmaterialien zu Kurdistan (**Kurdistan-Reports, Biji Azadi!- Freiheit für Kurdistan!, Kurdistan-Rundbriefe** etc.), Zeitungen wie z.B. **radikal** und Plakate beschlagnahmt.

In die Tür des Infoladen *Bankrott* wurde ein neues Schloß eingesetzt und der Hinweis an die Tür gehängt, der Schlüssel sei auf dem Polizeipräsidium abzuholen.

Später forderte der Staatsschutz vom Präsidialbüro 2 am Friesenring den Anmelder des Infoladentelefons schriftlich auf, die Schlüssel dort abzuholen. Nachdem dieser nichts dergleichen tat, schickte die Polizei ihrem designierten "Verantwortlichen" die Schlüssel zu.

Die Schlüssel wurden zurückgeschickt. Die Ermittlungen und Observationen laufen weiter.

Wie schon beim Verbot von kurdischen Vereinen und Organisationen und wie schon bei der Durchsuchung der Fachschaft Soziologie diente auch hier der Gummi§ 20 "Verdacht von Verstößen gegen das Vereinsrecht" als rechtlicher Aufhänger für die Repression.

Ende April: Zensoren gegen „Transparent“:

Die Bürgerfunksendung "Transparent" des Radiosenders Antenne Münster durfte nur unter der Bedingung ausgestrahlt werden, daß der Satz in dem "YEK KOM" vorkam, herausgeschnitten wurde.

Der Verfassungsschutz versucht die nicht verbotene Föderation der kurdischen Vereine in Deutschland - die "YEK KOM" - zu kriminalisieren und als Nachfolgeorganisation der am 22. November 1993 verbotenen "Dachorganisation FEYKA Kurdistan" darzustellen.

13. Juni: Razzien wegen *radikal*

Bundesweit wurden am **13.6.** rund 80 Wohnungen, Infoläden und antifaschistische Projekte durchsucht. Rainer aus Münster, Ralf aus Rendsburg, Andreas aus Lübeck

und Werner aus Berlin wurden verhaftet. Sie sitzen seitdem im Knast und sind der Isolationsfolter ausgesetzt.
In Münster wurden 14 Menschen, darunter drei Kinder, in fünf Wohnungen um sechs Uhr morgens aus dem Schlaf gerissen. Im Auftrag der Bundesanwaltschaft trat ein Großaufgebot von mit Maschinenpistolen bewaffneten und in schußsicheren Westen auftretenden Bullen die Haustüren ein, stürmte, durchsuchte und verwüstete die Räume, inklusive Kinderzimmer. Beschlagnahmt wurden persönliche Briefe, Fotos, Tagebücher, Zeitschriften, ein Auto, Computer, Disketten,...
Die Razzien wurden mit Ermittlungen nach §129 ("Bildung einer kriminellen Vereinigung") und §129a Abs. 3 ("Unterstützung terroristischer Vereinigungen") gegen Rainer und drei weitere Münsteraner begründet. Ihnen wird vorgeworfen 1993 (!) an einer Redaktionssitzung der von der Bundesanwaltschaft zur "kriminellen Vereinigung" erklärten antifaschistischen Zeitschrift **radikal** teilgenommen zu haben. Die **radikal** stört den Staatsschutz seit ihrer Existenz 1976, weil sie unzensierte linksradikale Diskussionen ermöglicht und Erklärungen von RAF, K.O.M.I.T.E.E., AIZ, RZ, autonomen und linksradikalen Gruppen dokumentiert und z.B. auch über den kurdischen Befreiungskampf informiert. Daß die **radikal** eine der wenigen Zeitschriften ist, die eine **freie Diskussion und Kommunikation** ermöglicht, ist den staatlichen Zensoren ein Dorn im Auge.
"die radikal ist kriminalisiert, weil u.a. das Recht auf freie Meinungsäußerung ein Lacher ist, wenn es wirklich in Anspruch genommen wird. Genauso ist es mit den meisten Rechten. Es sind nur schriftlich fixierte Spielregeln der Herrschenden, die nach Bedarf erweitert oder gestrichen werden. Sie schicken ihre elenden Handlanger vor gegen alle, die außerhalb des erlauchten Spielkreises stehen oder sich bewußt dorthin stellen." (radikal Nr.151, Dezember 94)

Rainers Situation Ende Juli 95:

Rainer lebt seit zwölf Jahren mit seiner Lebensgefährtin zusammen mit der er auch ein gemeinsames Baby hat. Die Bundesanwaltschaft behauptet, daß bei einer Aufhebung des Haftbefehls "aufgrund fehlender sozialer Bindungen"(!!!) Fluchtgefahr sowie "Verdunklungsgefahr" bestehen würde! Dafür mußte ein Vorwort aus der radikal Nr.150 herhalten: *"In die Illegalität geht man, wenn man es muß. (...) Für uns wird das Thema erst aktuell, wenn wir verschärfter staatlicher Repression ausgesetzt sind."*
Rainer wurde in seinem vom Ermittlungsrichter erlassenen Haftstatut eigene Kleidung zugestanden. Trotzdem wurde ihm erst Ende Juli eigene Kleidung ausgehändigt. Dies wurde auch nur durch Intervention von außen und aufgrund seines Widerstands gegen die Zwangseinkleidung mit Häftlingskleidung möglich. Rainer hat sich mit Hinweis auf seine Isolationshaftbedingungen einer knastärztlichen Untersuchung verweigert. Inzwischen konnte ihn seine Freundin und ihr gemeinsames Kind zweimal ohne Trennscheibe besuchen. Zur Zeit darf Rainer nur eine Stunde im Monat Besuch haben. Seinen Anwalt darf er nur durch die Trennscheibe sehen. Der Staatsschutz hat mehrfach den Versuch unternommen, ihn zu verhören und ihm bei dieser Gelegenheit die Kronzeugenregelung angeboten. Rainer hat jede Aussage verweigert und sitzt jetzt in der JVA Bielefeld Brackwede.

Wir sehen einen Zusammenhang all der oben geschilderten staatsterroristischen Maßnahmen.
Es geht um die Zerschlagung linksradikaler Strukturen.
Es geht den Schmierenmicheln darum, freie Kommunikation und Diskussionen zu verhindern.
Auch der Widerstand gegen das Morden in Kurdistan und die kriegsfördernde Politik Deutschlands soll - nicht nur in Münster - mit Gewalt abgewürgt werden.
Kurdische Menschen sind von Abschiebung - und damit von Folter und Tod - bedroht.
Seit dem Militärputsch 1980 lieferte die Bundesrepublik Waffen im Wert von mehr als 5 Milliarden Mark an den NATO-Partner Türkei.
Mit diesen wird der Krieg gegen die kurdische Bevölkerung, die Zerstörung von bisher mehr als 2.000 kurdischen Dörfern geführt.
Der türkische Staat verwendet den größten Teil seines Haushalts für den Krieg gegen die KurdInnen.
Ohne die deutsche Unterstützung wäre der türkische Staat bereits bankrott und nicht mehr in der Lage, die Kolonie Kurdistan weiterhin auszubeuten.
Während das türkische Militär, 80 Jahre nach dem noch immer geleugneten Genozid an 1,5 Millionen ArmenierInnen, dabei ist, erneut einen Völkermord zu begehen, werden in der BRD Razzien gegen Menschen und Organisationen durchgeführt, die sich mit dem Befreiungs- und Überlebenskampf der KurdInnen solidarisieren.
Durch das Verbot der kurdischen Organisationen in der BRD und durch das Vorgehen gegen die Solidaritätsbewegung, versucht die Bundesregierung das Folterland Türkei zu stützen und den Widerstand gegen den Staatsterrorismus im Keim zu ersticken.
Durch den bundesweiten Angriff auf antifaschistische Strukturen und die für uns wichtige Zeitschrift ***radikal***, versuchen Kanthers Schergen uns einen Maulkorb zu verpassen.

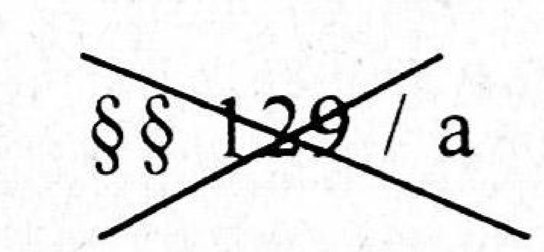
Das wird ihnen nicht gelingen!
Wir fordern die sofortige Freilassung von Rainer, Ömer und allen anderen politischen Gefangenen!
Wir fordern die sofortige Einstellung aller Verfahren!
Für eine herrschaftsfreie Welt und ein selbstbestimmtes Leben! Lebt und lest radikal!

Prozess- und Kampagnenspenden bitte auf das Konto: Grimoni, Stadtsparkasse Münster. Konto Nr.176059160 BLZ 40050150 Stichwort: *Solidarität.*
Schreibt an: Rainer Paddenberg c/o Ermittlungsrichter am BGH Dr. Beyer, Herrenstr. 45a, 76133 Karlsruhe
Ömer Eren, c/o JVA, Gartenstr., 48147 Münster

Infoladen *Bankrott*, Dahlweg 64,
48153 Münster.Tel.:0251/799081

V.i.S.d.P.: Errico Malatesta, Steinfurter Str.109, Münster.

STAATSTERRORISMUS





Nach den Razzien und Durchsuchungen vom 13.6.95 - die politischen Verfolgung links-radikaler Politik

"... zielgerichtet präventive Maßnahme zur Einschüchterung gegen die linksradikale Szene."
Innenminister Knater am 13.6.95 in den ARD-Tagesthemen

Die Paragraphen 129/a sind Gesinnungs- u. Schnüffelparagraphen, die zur politischen Verfolgung eingesetzt werden. Mit ihnen kann jede "x-beliebige" Gruppe z.B. schwarz gekleidete DemonstrantInnen und neuerdings Herausgeberinnen einer Zeitung, als "kriminelle o. terroristische Vereinigung" konstruiert werden. Auf dieser Basis werden grundlegende rechtsstaatliche Prinzipien ausgehebelt und einer politischen Verfolgung ähnlich der totalitärer Staaten Tür und Tor geöffnet. D.h. grenzenlose Observationen, Telefonüberwachungen, Sondergerichte und Sonder-(Isolations-)haftbedingungen, Einschränkung der Verteidigerrechte etc. - Diese §§ wurden in den 70ern verschärft. Doch schon seit 1871 dient der § 129 der politischen Verfolgung linker und oppositioneller Gesinnung und Organisierung. Ihre Funktion liegt in der Einschüchterung und Abschreckung, der Denunzierung linker Politik als "kriminell" und/oder "terroristisch" und in den unbegrenzten Ermittlungsmöglichkeiten gegen sich politisch organisierende Menschen.

Redebeitrag auf Breul-Straßenfest 29.7.95 / Münster

Wir wollen jetzt was zur Situation nach den Durchsuchungen durch die Bundesstaatsanwaltschaft am 13.6.95 sagen, vor allem weil unser Freund Rainer und drei andere Männer aus Lübeck, Rendsburg und Berlin seit diesem Tag im Knast festgehalten werden.
Außerdem sitzt Ulf aus Bremen wegen Aussageverweigerung seit dem 4.7. in Beugehaft.

Erstmal für alle, die es noch nicht mitbekommen haben, eine kurze Zusammenfassung der Ereignisse vom 13.6.:
Die Bundesstaatsanwaltschaft ließ morgens um 6Uhr über 50 Wohnungen, Häuser, Büros, Läden und Werkstätten in acht Bundesländern durchsuchen.

Dabei ging es angeblich um Ermittlungen gegen die "Antiimperialistischen Zellen" (AIZ), das "KOMITEE" und die Zeitschrift "radikal".

In den Medien werden die AIZ als die zur Zeit gefährlichste Gruppe aus dem linksradikalen Spektrum dargestellt. Über deren Struktur wissen die Verfolgungsbehörden nach eigenem Eingeständnis fast nichts.Dennoch sind mehrere Personen aus Hamburg und Bremen Ziel der Ermittlungen wegen AIZ.

Dem "KOMITEE" werden der leider mißglückte Anschlag auf den Neubau des Anschiebeknastes in Berlin und weitere Anschläge auf Teile der Abschiebemaschinerie zugerechnet.
Drei Männer werden seit Mitte April als angebliche Mitglieder dieser Gruppe gesucht.
Am 13.6.95 wurden in diesem Zusammenhang Wohnungen durchsucht, die schon vorher mindestens einmal von der Staatsgewalt heimgesucht worden waren.

Hauptsächlich ging es bei der generalstabsmäßig vorbereiteten und durchgezogen Aktion aber um die Zeitung "radikal".
Die "radikal" ist seit fast 20 Jahren ein Informations- und Diskussionsblatt der radikalen Linken.
Seit über 10 Jahren muß sie in der Illegalität erscheinen.
In der Vergangenheit sind mehrfach Menschen wegen der "radikal" kriminalisiert und in den Knast gesteckt worden.
Insgesamt laufen momentan im Zusammenhang mit der "radikal" Ermittlungenverfahren gegen fast 30 Menschen, die in verschiedenen politischen Bereichen aktiv sind oder waren.

Am 13.6. sind Rainer, Ralf, Werner und Andreas von vermummten, mit Maschinenpistolen bewaffneten und schußsicheren Westen ausgestatteten Bullen festgenommen worden.
Mittlerweile ist bekannt, daß gegen 4 andere Menschen, die sich an diesem Tag in Urlaub befanden, ebenfalls Haftbefehle bestehen.
Alle acht sollen Mitglieder einer "kriminellen Vereinigung" sein (129 StGB), weil sie angeblich zum Herausgeberkollektiv der "radikal" gehören.
Außerdem wird ihnen "Unterstützung" bzw. "Werben" für "terroristische Vereinigungen" zur Last gelegt (129a StGB).

Zum Vorwurf gegen die vier Festgenommenen einer "Kriminellen Vereinigung" anzugehören, d.h. die Macherinnen der "radikal" zu sein, schreiben "einige radikal-Gruppen":
"Aber wer macht denn eigentlich die radikal? Diejenigen, die Berichte von ihrer letzten Antifa-Aktion schicken, oder jene, die mal eben 10 Zeitungen von hier nach dort bringen und in ihrem Freundinnenkreis verteilen, oder vielleicht der, der ein paar Berichte abschreibt und layoutet, oder die, die dafür sorgt, das nur ein einziges Exemplar durch die Mauern des Knastes dringt? Vielleicht meint die BAW ja auch die, die wochenlang diskutieren, um danach lange Artikel in der radi zu veröffentlichen. Oder jene, die tagelang hinter der Druckmaschine stehen?
Wir wissen nicht ganz genau, wen die Verfolgungsbehörden als die radikal bezeichnen, aber wir wissen, gemeint sind wir alle!"

Zur Gewaltfrage, bei der es ja im Zusammenhang mit den Vorwurf der Unterstützung einer terroristischen Vereinigung immer geht, schreibt Rainer aus dem Knast:
"Für mich ist und bleibt es verlogen, wenn Artikel, in denen rassistische, sexistische oder imperialistische Unterdrückung benannt und verurteilt wird und in denen

teilweise der Einsatz von Gewalt bei der Bekämpfung dieser Unterdrückung diskutiert und befürwortet wird, verboten werden, und gleichzeitig Artikel in denen Gewalt bis hin zum Einsatz von Massenvernichtungswaffen und ganzen Armeen [...] befürwortet werden, mit staatlicher Billigung und Förderung millionenfach verbreitet werden dürfen."

Alle vier Inhaftierten sind Sonderhaftbedingungen ausgesetzt.
Sie sind in besonders gesicherten Einzelzellen untergebracht und von anderen Gefangenen isoliert, d.h. für sie gibt es Einzelhofgang und keine Teilnahme an Gemeinschaftsveranstaltungen.
Rainer schreibt zu den Haftbedingungen folgendes:

"Sie sind erniedrigend und demütigend, wenn den Menschen, die nicht nur Induviduen sondern auch soziale Wesen sind, jeder menschliche Kontakt (auch der zu Mitgefangenen) verboten wird; sie sind quälend und zermürbend, wenn Menschen 23 oder mehr Stunden am Tag in 10m² kleinen Räumen eingepfercht werden, in denen auch noch Bett, Tisch, Stuhl, Klo, Waschbecken und Schrank untergebracht sind; [...] sie enthalten Willkür und Schikane, wenn Untersuchungsgefangenen das Recht verweigert wird, eigene Kleidung zu tragen, wenn ihnen nichts, kein Obst, keine Nahrung, keine vertrauten Dinge von zu Hause, keine eigene Kleidung oder ähnliches geschickt werden darf,..."

Seit Rainer diese Zeilen geschrieben hat, hat sich für ihn etwas geändert: Er darf mittlerweile seine eigenen Klamotten tragen. Den anderen drei wird die eigene Kleidung aber weiterhin verweigert.

Bis auf Verwandtenbesuche finden alle Besuche mit Trennscheibe statt und werden besonders überwacht. Dies gilt auch für die Gespräche mit den Rechtsanwältinnen.

Post an und von den Eingesperrten wird durch den Ermittlungsrichter am Bundesgerichtshof zensiert, in letzter Zeit werden verstärkt Briefe angehalten und beschlagnahmt.(Dabei ist Willkür und Schikane die Regel, z.B. wurde ein Brief angehalten, weil der Ermittlungsrichter als "Typ, der mitliest" bezeichnet wurde).
Selbst die Verteidigerpost wird durch den Ermittlungsrichter kontrolliert, was eine massive Einschränkung der Verteidigerrechte darstellt.
Aber auch ansonsten wird die Arbeit der Rechtsanwältinnen von den Verfolgungsbehörden so weit wie möglich behindert: Ihnen wird nur eine lächerliche Teil-Akteneinsicht gewährt, die hauptsächlich aus Kopien aus der "radikal" besteht.
Ein Protokoll einer Abhörmaßnahme, das für die Begründung der Haftbefehle benutzt wird, wird ebenso verweigert wie der Beschluß über die Abhörmaßnahme selbst. Eine rechtliche Prüfung der sogenannten Beweise und Erkenntnisse der Staatsgewalt ist somit nicht möglich, diese könnte z.B. Grundlage für eine Haftbeschwerde sein.

Für uns stellt sich die Frage, ob die ganze Aktion der Bundesanwaltschaft und der Bullen am 13.6.95 nur den Zweck hatte, juristische Beweise gegen die Macherinnen einer Zeitung zuerbringen.

"Einige radikal-Gruppen" äußern sich so:

"Es ist offensichtlich, daß sich dieser Schlag nicht nur gegen uns richten sollte. Wir haben lediglich einen günstigen Vorwand abgegeben. 'Die Aktion war eine zielgerichtete präventive Maßnahme zur Einschüchterung gegen die linksradikale Szene', ließ Innenminister und Abschiebespezialist Kanther noch am selben Abend verlautbaren. Während sich der rechte Terror verschärft und das große Deutschland in rot-grün-schwarzer Einigkeit zum ersten Auslandseinsatz der Bundeswehr bläst, soll klar gemacht werden, wo der wirkliche Feind steht, nämlich links."

Gerade gestern sind wieder ein paar Forderungen von Kanther und Konsorten zur Inneren Sicherheit bekannt geworden.
Darunter unter anderem verbesserte Abhörmöglichkeiten für Telefone und Bestrafung von Demonstranten, die nicht auseinandergehen, wenn die Polizei sie dazu auffordert.

Es ist von Staatsseite logisch, die Gesetze zu verschärfen, wenn sich die gesellschaftlichen Widersprüche verstärken. Führt doch Widerspruch nur allzu schnell auch zu Widerstand.
Und die wirtschaftliche und soziale Entwicklung ist in der Tat voller Widersprüche:
Größere Gewinne für die Banken und Großkonzerne, nicht mal ein Teuerungsausgleich für die Lohnabhängigen, aber dafür Kürzung der Sozialhilfe, von Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe.(Beispiele gibt es hier genug...)

Den Schlag der Staatsgewalt vom 13.6. sehen wir nicht losgelöst von anderen Maßnahmen gegen radikaloppositionelle Kräfte in der BRD: 129a-Verfahren gegen die Göttinger Antifa (M), Verbote von kurdischen Organisationen und Vereinen, Verbote von Großdemonstrationen gegen die Einheitsfeier in Bremen und gegen den Eu-Gipfel in Essen letztes Jahr.

Insgesamt stellen wir fest, das der Staatsgewalt vor allem eine Organisierung des Widerstandes gegen die Unrechtsverhältnisse in diesem staat ein Dorn im Auge sind; egal ob es sich um antirassistische, antifaschistische oder feministische Zusammenhänge handelt oder um solche die Kommunikationsstrukruren aufrechterhalten, wie z:B. die "radikal".

Da wir bekanntlich nur gemeinsam stark sind, ist gerade auch jetzt wichtig und nicht einschüchtern und spalten zu lassen.
Organisiert Euch und solidarisiert Euch mit den 5 Eingeknasteten.

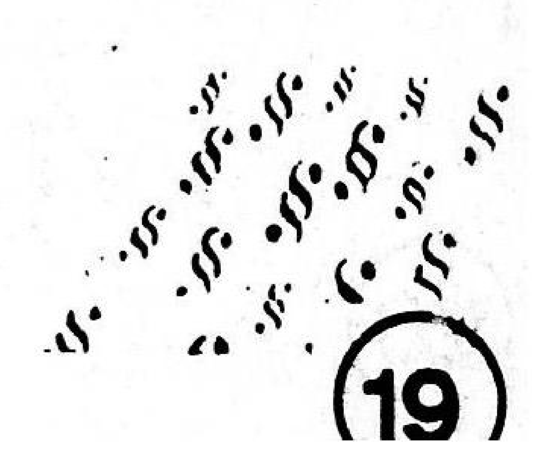
eine Solidaritätsgruppe

Freilassung der Gefangenen!
Abschaffung der Beugehaft,
die nur der Erpressung von Aussagen dient!
Einstellung aller Ermittlungen!
Schluß mit der politischen Verfolgung!
Die Gesinnungsparagraphen 129 und 192a
müssen weg!
Organisiert euch und leistet Widerstand!

Infos jeden Mi von 16-19 Uhr im:
Umweltzentrum, Scharnhorststr.57, Münster, Tel. 52 11 12

Spenden sind erwünscht unter:
I.Gutschmidt
Stadtsparkasse Münster
BLZ: 400 501 50
Konto-Nr.: 107 080 608

ViSdP: Franzi & Franz Fitt



JETZT ERST RECHT : FREIHEIT FÜR MUMIA ABU-JAMAL !

SOFORTIGER BAUSTOP DES KINDER- UND JUGENDKNASTS BERLIN-LICHTENRADE !

In der Nacht zum 13.8.95 haben wir zeitgleich im Hof der Firmenzentrale von Heilit+Woerner (Badenallee, Charlottenburg) sowie am Neuköllner Maybachufer Brandbomben unter Firmenfahrzeugen gezündet und Flugblätter hinterlegt.

Mit unserer Aktion reihen wir uns ein in die internationale Solidaritätsbewegung zur Rettung des Lebens und für die Freiheit des ex- Black Panther- Militanten Abu Jamal.

Die Firma Heilit + Woerner führt in eigener Regie die komplette Planung, Bauarbeiten und Finanzierung des in Lichtenrade im Bau befindlichen Knastes für 14 bis 17 jährige Kinder und Jugendliche durch. Der Senat übernimmt bei Fertigstellung das Gefängnis und zahlt innerhalb einer 10 Jahresfrist die Errichtungskosten in Raten an den Baukonzern zurück. Im Kinder- und Jugendknast Lichtenrade soll liberal getünchter Verwahrungsstrafvollzug praktiziert werden.

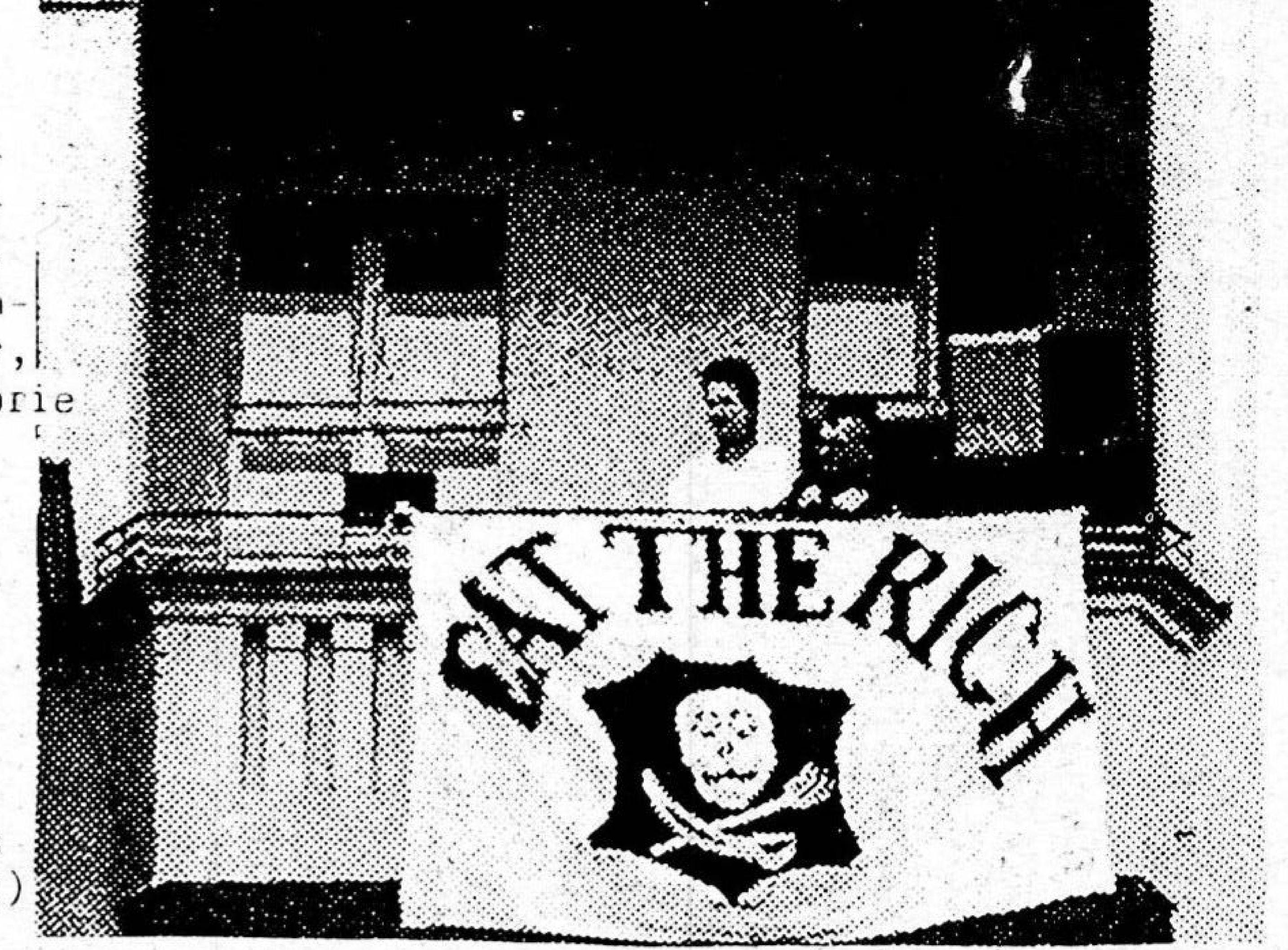
Hier wie in den USA sind die Knäste vollgestopft mit Menschen vor allem aus den Unterschichten. Darunter ein hoher Anteil von "ausländischen" und nicht-weißen Gefangenen. Dieser Zustand ist Ausdruck der kapitalistischen, rassistischen Klassengesellschaft. Menschen, die nicht mehr auf dem offiziellen "Arbeitsmarkt" benötigt werden, werden von den Herrschenden nach ihrer Klassenherkunft, Geschlecht, Hautfarbe und nationaler Herkunft gesellschaftlich ausgegrenzt. Die Konzernbosse und ihre Handlanger aus Wirtschaftsverbänden, Parteien und Medien beschimpfen sie ganz gezielt als "Sozialschmarotzer", "Arbeitsunwillige" oder gar als "potentielle Kriminelle und Gewalttäter". Damit schaffen sie den Druck, um,über staatliche Zwangsarbeit für die von regulären Arbeitsverhältnissen Abgeschnittenen, das bisherige Lohntarifgefüge zu zerschlagen. Gleichzeitig saniert der Staat auf Kosten der Armen seinen Finanzhaushalt. Durchaus vergleichbares gilt schon seit Jahren für diejenigen, die durch die gesellschaftlichen Verhältnisse in die "Kriminalität" gedrängt wurden. Sie dürfen ebenfalls Zwangsarbeit für ein paar Groschen leisten, allerdings hinter Gittern. Angesichts der real 7 Millionen Arbeitslosen, der zunehmenden Internationalisierung des Arbeitsmarktes und der technologischen Entwicklung erfährt das menschenverachtende Denken der herrschenden Klassen noch eine Steigerung. In den letzten 50 Jahren noch vorwiegend auf die Menschen der "3. Welt" bezogen, ist es vor allem unter deutschen Mittelschichtkarrieristen Mode nun von einer Überbevölkerung innerhalb der BRD zu reden.

20. Sept. 1971: Elliot Barkley wird von Black Panther-Genossen zu Grabe getragen. Barkley war bei einer Knast-Revolte in Attica mit 29 anderen Gefangenen (!) von der Polizei erschossen worden.



FREUNDINNEN UND FREUNDE, DIESEM PACK DIE FAUST INS GESICHT ! Daß auch heute aus der proletarischen Klasse diesen üblen rassistisch gefärbten Dreck verbreiten, zeigt zum einen die anhaltend starke Wirkung, die die kapitalistisch, rassistische Ideologie auf die Herzen und Köpfe großer Teile der Bevölkerung hat, zum anderen welche Versäumnisse und Schwächen die bisherige Politik der mittelschichtdominierten Linken kennzeichnen, und, wie wichtig die praktische Umsetzung der klassenkämpferischen Parole "die Grenzen verlaufen nicht zwischen den Völkern - sondern zwischen Oben und Unten!" in unserem Lebensalltag ist.

(an dieser stelle sei ein kleiner seitenhieb auf neu"linke" trends erlaubt. klaro, es ist modern und einfacher sich mit dem kampf der mexik. indianer zu "solidarisieren", der konflikt ist ja schön weit weg von hier, oder ewig über triple opression theorie zu faseln, und jeglichen bezug zu einer praktischen intervention in der hiesigen gesellschaft zu verlieren, oder nach aktuellster mode sich als tierrechtler-in zu organisieren, weil tiere kein bewußtsein besitzen, man-frau nicht mit ihnen reden und argumentieren muß, und trotzdem das gefühl bleibt etwas ganz edles zu tun.**wie jämmerlich!!!!**)



Die Forderung nach "Sicherheitsverwahrung" und Todesstrafe für "Kriminelle" wie in den USA werden unter deutschen Ober- und Mittelschichtler-innen (auch an den Stammtischen der Grünen Parteigänger-innen) langsam wieder konsensfähig. Dahinter steckt ihr Wissen, daß in der zugespitzten kapitalistischen Krise die bisherigen Integrations- und Korrumpierungsfähigkeiten des Systems nicht mehr ihre vorherigen Wirkungen entfalten können. Daraus resultiert ihre größte Angst, daß zunehmend mehr Menschen aus der proletarischen Klasse anfangen sich selbst und die kapitalistischen Zustände zu hinterfragen, sich nicht mehr gegeneinander ausspielen und aufhetzen lassen, sondern bewußt ihre Wut und ihren Hass gegen die kapitalistische Unordnung richten und damit dem extrem ekelhaften egoistischen Lebensstil der oberen Klassen ein für alle mal ein Ende setzen, anstatt, wie oft bisher, ihn nur kopieren zu wollen.

Weit über 1 ! Million Strafgefangene gibt es in den Knästen der USA, viele Millionen Menschen in den Armenvierteln auf dem Land und in der Stadt, die dort weitgehend vom mittelklassedominierten gesellschaftlichen Leben ausgeschlossen "dahinvegetieren". Machen wir uns nichts vor, solche Tendenzen dahin sind auch in Deutschland zu erkennen, wenn beispielsweise ständig neue Knäste gebaut werden und gleichzeitig immer weiter Gelder bei Arbeitslosenhilfe- und Sozialhilfeempfäger-innen sowie Flüchtlingen eingespart werden! Die proletarischen Jugendlichen, insbesondere die "ausländischen" unter uns, sind in einer besonders schwierigen Situation. Das fängt beim Finden einer Lehrstelle an und hört nicht beim Suchen einer eigenen Wohnung auf. Den Jugendlichen wird permanent über Eltern, Lehrer , Meister und Medien die "Werte" der kapitalistischen Todeskultur

Hallo Ihr!

Nach dem Verbot der PKK wurden KurdInnen überall kriminalisiert und dann abgeschoben. Viele leben hier illegal und wissen nicht, was ihre Rechte sind.

Wir haben außerdem festgestellt, daß es keine besonderen Beratungsstellen (außer in Pankow) für die Flüchtlinge türkisch/kurdischer Herkunft gibt, die aber nötig wären. Nach Pankow, wo es die Beratung in türkischer (oder mit Vereinbarung kurdischer) Sprache gibt, fahren ziemlich wenig Flüchtlinge, weil sie vor rassistischen Angriffen Angst haben oder sie finden den Weg zu weit.

Darum haben wir uns auch mit dem Abschiebebündnis, das sich bei der Antirassistischen Initiative in der Yorckstr. 59 trifft, getroffen und beschlossen, daß es sinnvoll ist, daß ADA (Treffpunkt der türkischen/kurdischen Jugendlichen) ein Seminar mit Flüchtlingen türk/kurdischer Herkunft organisiert.

Inhalt des Seminars:

Probleme

- ob sie eine(n) Anwalt(in) haben.
- ob sie sich beraten lassen können,
- ob sie von einer Abschiebung bedroht sind.
- ob sie irgendwie kriminalisiert worden sind

Perspektive

- wie man sich dagegen wehren kann.
- was sie von einer Selbstorganisation der Flüchtlinge halten.
- ob eine spezielle Beratung für türkische und kurdische Flüchtlinge notwendig ist.

Dieses Seminar zu organisieren ist schwierig, weil es allein in Berlin über 60 Flüchtlingsheime gibt. Aus diesem Grund bitten wir Euch um Eure Hilfe und Unterstützung.
Bitte benachrichtigt die türk/kurdischen Flüchtlinge von diesem Seminar.

Das Seminar findet (s.u.) mit einem Anwalt(in) statt.
am 26. August (Samstag)
um 15.00

bei ADA e.V.
Reichenberger Str. 63 A
10999 Berlin
Tel: 618 92 72
nachfragen bei Ferit

Wer hat Till Kratzsch gesehen?

Er wird seit dem 17.7. vermißt.

Till ist 13 Jahre alt, 164 cm groß und hat blaue Augen.

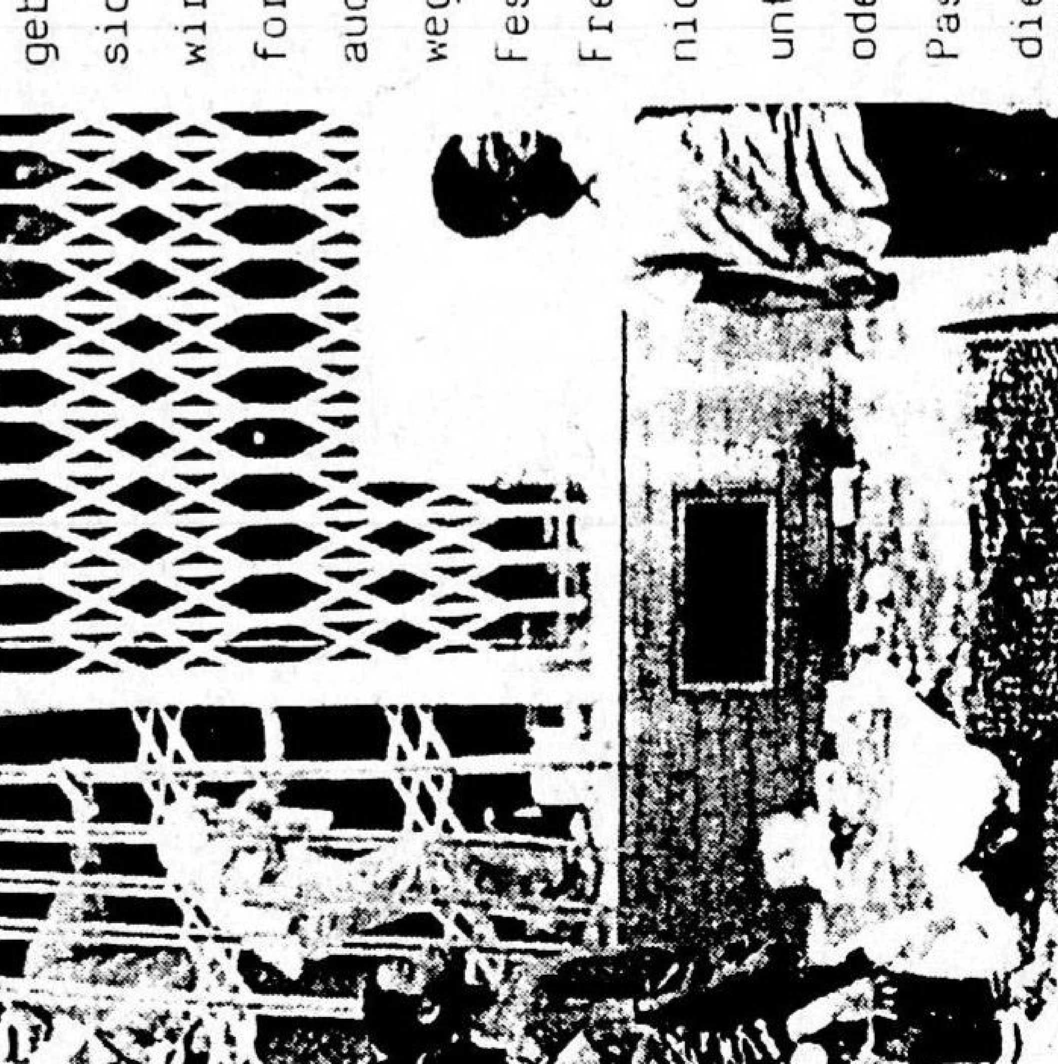
Wenn jemand weiß, wo er sich aufhält oder wenn ihn jemand seit dem 17.7. gesehen hat oder weiß, wie es ihm geht, möchte er/sie sich bitte bei mir melden.

ODER:
Zumindest sagt ihm, daß er sich unbedingt zu Hause melden soll, weil wir uns ernsthafte Sorgen machen das ihm etwas zugestossen sein könnte.

Claudia Kratzsch
Schröderstr. 15
10115 Berlin
Tel.: 281 76 94



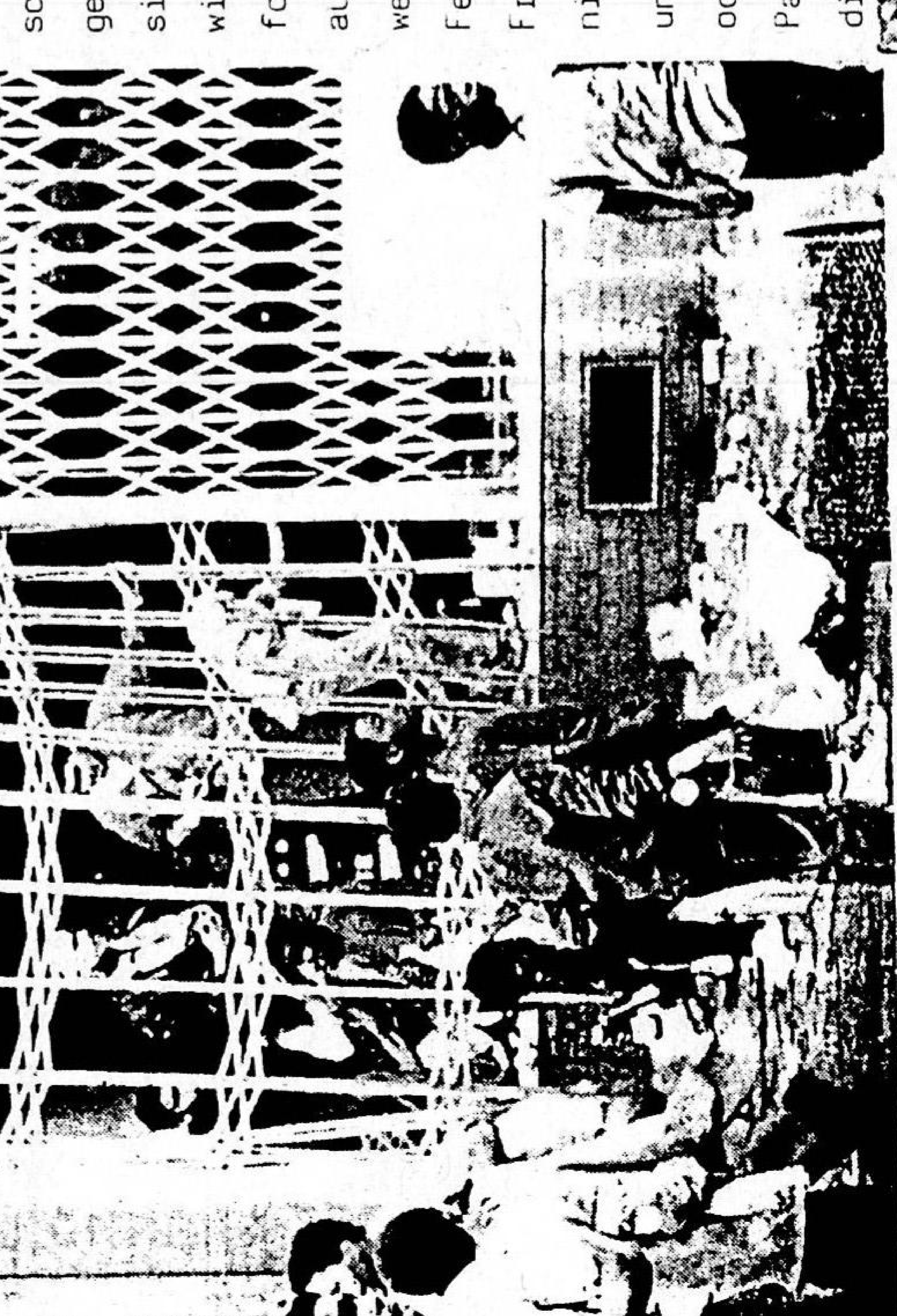
eingehämmert: Konkurrenz, das "Recht" des Stärkeren, Anerkennung und Selbstfindung durch Leistung und Konsum usw. . In unseren Stadtvierteln drückt sich das "Jede-r gegen Jede-n", gekoppelt mit dem Spüren der eigenen gesellschaftlichen Benachteiligung und Ausgrenzung, unter anderem in Auto- und Wohnungseinbrüchen in der proletarische Nachbarschaft aus, oder in Gewalt untereinander, oft mit sexistischen oder rassistischen Hintergrund. Hinzu kommen Probleme, wie Junk oder der zunehmend stärker werdende Einfluß von rechten nationalistischen oder islamischen Gruppen speziell unter den aus der Türkei oder Jugoslawien stammenden Jugendlichen.
Mit solch einem Hintergrund wirkliche Freundschaften, emanzipatorische soziale Beziehungen auf breiter Ebene aufzubauen, die ein Teil des Fundaments für die Neuformierung als international zusammengesetzte kämpfende Klasse bilden, ist alles andere als leicht. **ABER, FREUNDINNEN UND FREUNDE, HÖREN WIR ENDLICH AUF ZU JAMMERN !**
Gegen die gegenwärtige Tendenz von Ohnmacht und Resignation sollten wir uns an solchen Menschen wie der in der Todeszelle sitzende Genosse Mumia Abu Jamal oder die im Hungerstreik gestorbene Genossin Gülnaz Baghistani orientieren. Ihr Denken und Handeln, ihre Entschlossenheit und Unbeugsamkeit auch in schwierigster Situation geben Kraft und Zuversicht, um den Weg den wir eingeschlagen haben, fortzusetzen. Mut macht auch das Verhalten, der wegen der Zeitung Radikal Festgenommenen und ihrer Freund-innen, die sich nicht von den Bullen unterkriegen lassen, oder die Initiative der Passauer Jugendlichen, die nach den "Selbstmorden" ihrer vier Freund-innen nicht resignieren, sondern den Kampf für ein autonomes Jugendzentrum aufgenommen haben. Positive Beispiele hier im Land, wie international gibt es viele !



Jugendliche plündern einen Kettenladen in East Harlem

VON GAZIOMANPAŞA BIS KREUZBERG, VON PANAMA-STADT BIS SOUTHCENTRAL, L.A. -
FÜR DEN KRIEG KLASSE GEGEN KLASSE !

K. G. K.



Nationalgardisten am Morgen des 6.4. 1968 in Washinton, als nach schweren Unruhen der schwarzen Bevölkerung ca. 60% der Stadt verwüstet waren

Wo trifft sich Eberhard Diepgen mit Kriegstreibern und Revanchisten?

Wo redet Bernhard Vogel mit neuen und alten Nazis?

KUNDGEBUNG GEGEN DEN "TAG DER HEIMAT"

DES "BUNDES DER VERTRIEBENEN" (BdV) IN BERLIN 1995

Am 3. September 1995 veranstaltet der „Bund der Vertriebenen" (BdV) zum 46. Mal seinen alljährlichen Berliner "Tag der Heimat" in der Charlottenburger Sömmering-Sporthalle.

Diese Treffen organisiert der BdV jährlich im September und Oktober überall in der BRD. Redner und Schirmherren stellen dabei stets hochrangige Politiker der Regierungsparteien CDU/CSU/FDP/ SPD und nach dem Münchener, sudetendeutschen Abstecher von **Bundestagsvizepräsidentin Antje Vollmer**, in Zukunft auch der Grünen.

Der Schirmherr in Berlin ist seit Jahren, der **Regierende Bürgermeister** von Berlin **Eberhard Diepgen**. Nachdem in den Vorjahren **Bundesinnenminister Kanther (CDU)**, und **Kanzleramtsminister Bohl (CDU)** die Ansprachen hielten, ist in diesem Jahr **Dr. Bernhard Vogel (CDU), Ministerpräsident von Thüringen,** dafür zuständig.



50 Jahre...

Dieses Jahr steht das Treffen unter dem Motto: *50 Jahre Flucht, Deportation, Vertreibung - Unrecht bleibt Unrecht.*

Dieses Motto, das für den BdV seit jeher Programm ist, fügt sich fünfzig Jahre nach der Befreiung vom Faschismus vorzüglich in das revanchistische Gegeifer der "Selbstbewußten Nation" ein. Wenige Monate nach den heuchlerischen 8.Mai Bewältigungsfeiern werden nicht nur vom BdV die faschistischen deutschen Täter zu Opfern gemacht. →

Sonntag, 3. September

13[00]

!! Lautstark gegen Kriegstreiber !!

vor der Sömmeringhalle

Charlottenburg Nord

U 7 - Mierendorffplatz

Die Umsiedlung der deutschen Täter vor 50 Jahren war notwendig und richtig, um die Menschen Osteuropas vor deutschem Großmachtstreben und völkischem Chauvinismus zu schützen!

Gegen ein Europa unter deutscher Vorherrschaft!

Schon rund um den 8. Mai versäumte es kein rechter Politiker, den Holocaust und die anderen Verbrechen der Deutschen mit der Umsiedlung der deutschen Täter gleichzusetzen. Im gleichen Atemzug lobte z. B. Alfred Dregger auch noch den "heldenhaften Kampf" der verbrecherischen Wehrmacht.

Im Geschichtsbild des BdV und aller anderen Vertriebenen-Verbände und sogenannten Landsmannschaften existieren seit jeher nur Deutsche, und die wollen dahin zurück, wo sich ihr "Eigentum" befindet.



REP - Faschisten beim "Tag der Heimat" in Berlin

Nach Polen, Tschechien, in die ehemalige Sowjetunion etc. - "*in das deutsche Reich inclusive der Gebiete östlich der Oder - Neiße, des Sudetenlandes und deutscher Siedlungsgebiete zwischen Ostsee und schwarzem Meer*" (ehemaliger BdV- Vizepräsident Herbert Hupka 1984; heute Bundesvorsitzender der Landsmannschaft Schlesien; vormals SPD Mitglied, vormals CDU Mitglied)

Noch sind sie nicht da, wo sie hin wollen.

Was ist der BdV? Eine braune Trachtentanzgruppe ohne Raum?

Der BdV ist eine der mitgliederstärksten, rechten und revanchistischen Organisationen in der BRD. Als solcher hat der BdV, dessen politische Heimat vor allem in der CDU/CSU liegt, eine ausgeprägte Braunzone hin zu rechtsextremistischen Gruppen und Einzelpersonen. So wurden in den letzten Jahren immer wieder Vertreter Berliner und Brandenburger neofaschistischen Organisationen wie "Die Nationalen" und die REPs beim "Tag der Heimat" in Berlin beobachtet, die dieses Treffen für ihre Propaganda und Vernetzung benutzten. Es ist zu vermuten, daß gerade "Die Nationalen" dieses Jahr, als Auffangorganisation für mittlerweile verbotene Parteien wie die FAP, verstärkt in Aktion treten, da sie bei den Wahlen im Herbst für einige Bezirksverordneten-Versammlungen und für das Abgeordnetenhaus kandidieren wollen.

Der BdV ist ein wichtiger Teil der ostexpansionistischen Strömung der deutschen Außenpolitik.

Er entstand 1958 als Nachfolgeorganisation des 1945 zerschlagenen, faschistischen **„Bund Deutscher Osten“** trotz des Koalitionsverbotes der Alliierten für Heimatvertriebene. Der erste Präsident des BdV war **Dr. Hans Krüger (CDU)**, der 1964, nach drei Monaten Amtszeit, seinen Hut als Bundesvertriebenenminister nehmen mußte, weil ihm Naziverbrechen nachgewiesen wurden.

Für den BdV ist die Politik von Gestern, die Politik von Heute und Morgen

Die "Fünfte Kolonne" der aggressiven deutschen Expansionspolitik in den osteuropäischen Staaten waren nach dem verlorenen Eroberungskrieg 1918 die vor Ort wirkenden **"Vereinigungen der Heimattreuen"** und der **"Heimatbünde"**. Das waren chauvinistische Vereinigungen, die als deutsche Herrenmenschen ihre Nachbarn unterwerfen wollten und so die idealen Statthalter des deutschen Eroberungsdrangs nach Osten waren. Diese betrieben ab 1933, durch die Nazis unterstützt, verstärkt eine sogenannte **„Volksgruppenpolitik“**. Das Ziel dieser Politik war es, mittels Wühl- und Destabilisierungsarbeit in den osteuropäischen Nachbarländern des Deutschen Reiches Territorien **„heim ins Reich“** zu holen. Unter dem Vorwand, ihre **"Volksgruppenrechte"** wahrzunehmen, wurden unannehmbare Forderungen an die jeweiligen Regierungen gestellt. Die Nichterfüllung dieser Forderungen diente dann in der reichsdeutschen Propaganda als Rechtfertigung von deutschen Interventionen, Hilfeleistungen genannt, in den jeweiligen Ländern. Dabei ging es immer um die Abtretung der politischen Macht in den betreffenden Gebieten an die RepräsentantInnen der "Volksdeutschen". Bewaffnete Untergrundgruppen wollten kurz vor dem Überfall der Wehrmacht auf Polen für "spontane volksdeutsche" Aufstände sorgen und so die Polen zu "antideutschen" Ausschreitungen provozieren. Diese Gruppen waren auch in die Geschehnisse um den Sender Gleiwitz verwickelt, die als Alibi zum Überfall auf Polen am 1.September 1939 dienten.

Das durch die gezielte Zerschlagung ostmitteleuropäischer Staaten geschaffene Machtvakuum diente der Durchsetzung deutscher Hegemonialinteressen. Als eine zentrale Organisation im Hintergrund agierte der BdV - Vorläufer „Bund Deutscher Osten“.

Selbst der Name „Bund der Vertriebenen“ ist also ein Etikettenschwindel, denn er will gerade nicht die Interessen von Vertriebenen, also Flüchtlingen oder unterdrückten Minderheiten wahrnehmen, wie er im Aufruf zum "Tag der Heimat" behauptet. Immerhin hatte der BdV 1993 als prominenten Mitstreiter und Hautredner beim Tag der Hei-

---

Volksgruppenpolitik

Stellen sie Forderungen, die absolut unannehmbar sind.

Brief Hitlers an Henlein, den Führer der Sudetendeutschen Partei in der Tscheslowakei, die bei den letzten freien Wahlen 1937 90% der volksdeutschen Stimmen erhielt.

Man nutze jede aus dem Minderheitenproblem erwachsene Spannung. Man schüre nationale und rassische Konflikte wo man kann. Jeder Konflikt wird Deutschland, dem neuen, selbsternannten Hüter der Ehre, Freiheit und Gleichberechtigung, in die Hände spielen.

Franz Neumann, 1942 in "Behemot", einem Buch, in dem er nachweist, daß die "Volksgruppenrechte der entscheidene Hebel zur Entfesslung des 2. Weltkriegs waren.

Für internationale Solidarität statt völkischer Kriegstreiberei!

mat **Innenminister Kanther (CDU)**. Er ist einer der Scharfmacher bei der rassistischen Hetze auf Flüchtlinge in der BRD und mitverantwortlich für die Abschaffung des Rechts auf Asyl und Abschiebung von Flüchtlingen in Krisengebiete in aller Welt.

Vielmehr ist der BdV Instrument der Politik einer völkischen Clique, die sich neben gestandenen Alt- und NeofaschistInnen auch aus einflußreichen konservativen Politikern und Generälen wie Kanther, Schäuble, Stoiber und Naumann zusammensetzt.

Die Mitglieder des BdV sind BürgerInnen der BRD, aber ihre „Heimat“ liegt in Polen, den Ländern der ehemaligen SU, in Tschechien, Ungarn, Rumänien, sprich in der gesamten osteuropäischen Interessensphäre Deutschlands seit 1914. Dabei ist der Begriff „Heimat“ kein geographischer Begriff, sondern der Anspruch auf politische und ökonomische Macht, der sich selbstverständlich von Generation zu Generation weitervererbt. Dies ist natürlich auch in der BRD gesetzlich verankert: *"Kinder, die nach der Vertreibung geboren sind, erwerben die Eigenschaften als Vertriebener... des Elternteils...". (§ 7 des Bundesvertriebenengesetzes von 1971)*

> **Volksgruppenpolitik**
>
> "... nicht indem man sagt, wir überfallen jetzt ein anderes Land, sondern wir eilen einem anderen Land (sprich Volk) zur Hilfe. dieser neue Begriff der Nothilfe, der von der CDU geschaffen worden ist, um die UNO zu umgehen beinhaltet ja angeblich, im Falle eines Angriffes auf ein anderes Land, diesem zu Hilfe zu kommen, bevor die Vereinten Nationen handeln."
>
> **Ex Bundeswehradmiral Schmähling**
>
> "In der Sowjetunion muß mit permanenten Krisen gerechnet werden, was eigentlich nicht einmal so schlecht wäre, wenn es nur mit deutscher Hilfe gelingt, sie unter Kontrolle zu bringen."
>
> **Kohlberater Horst Telschik**

Für den BdV gibt es kein Völkerrecht, sondern lediglich das Selbstbestimmungsrecht des "deutschen



Rübezahl und alte Nazis - Vertriebene unter sich

Volkes und Blutes". Deshalb erkennt er auch die deutschen Grenzen und damit die Grenzen der Nachbarstaaten nicht an. Für ihn ist weder die Grenzziehung des Potsdamer Abkommens gültig, noch die "2+4 Verträge", in dem die BRD die bestehende Grenzziehungen als endgültig anerkennt. Für **BdV - Vizepräsident Dr. Paul Latussek,** sind in einer der letzten Ausgaben der **"Deutschen Rundschau"** (offizielles Organ des BdV) die BRD- Grenzen nur *"als Übergangslösung zu akzeptieren"*. BdV- Funktionär **Dr. Peter Stoll** wurde da noch deutlicher. Für ihn ist die Anerkennung der deutsch - polnischen Grenze *"die Amputation eines Drittels Deutschlands"*. Folgerichtig heißt die ehemalige DDR im BdV-Jargon natürlich *"Mitteldeutschland"*.

Hans Heckel, er ist politischer Redakteur beim "Ostpreußen-Blatt", dem Wochenblatt der Landsmanschaft Ostpreußen und ist mit 38 Jahren Berufsvertriebener durch die "Stimme seines Blutes", geht da noch einen Schritt weiter:

"Der 2+4 Vertrag zwinge die deutschen Volksgruppen in den jetzigen Staatsgrenzen zu leben. Diese seien ihnen aber von anderen aufgezwungen worden... Und was dabei herauskomme, könne man ja jetzt am Bürgerkrieg in Jugoslawien sehen. Und wenn bald in Osteuropa dasselbe geschehe, dann solle sich keiner wundern." (Tag der Heimat, 1993 in Stade)

- das ist eine unverhohlene Kriegsdrohung!

Das 6 Punkte - Programm des BdV

In der gleichen Ausgabe der "Deutschen Rundschau" veröffentlichte **Dr. Paul Latussek** ein 6- Punkte Forderungsprogramm an die Bundesregierung. Unter der Bezeichnung **"Sozialpolitische Aufgaben"** werden dort strategische Vorschläge zur Rückführung des "Vertriebeneneigentums" gemacht. **Es ist ein klares Pogramm der Spannung.**

1. *Ein institutionalisiertes Mitbestimmungsrecht der verbliebenen "Volksdeutschen" und der "Vertriebenen in den Ländern, die Umsiedlungsmaßnahmen durchgeführt haben.*

2. *Rückkehrrecht für die Vertriebenen.*

3. *Die Durchsetzung des Anspruches auf das Eigentum in der Heimat.*

4. *Das Wahlrecht für den Deutschen Bundestag für die in den ehemaligen Ostgebieten lebenden Deutschstämmigen. Nach dem Grundgesetz seien sie als Deutsche zu betrachten.*

5. *Zur Voraussetzung für die Vollmitgliedschaft in der EU soll die Zusicherung werden, "die strafrechtliche Ermittlung, Verfolgung und Bestrafung von Verbrechen gegen die Menschlichkeit im Zusammenhang mit der Vertreibung der Deutschen und anderer Volksgruppen" zu garantieren.*

6. *Durchsetzung einklagbarer Volksgruppen- und Minderheitsrechte für "unsere Landsleute in Ostmitteleuropa".*

Also deutsche Einmischung und ökonomische und politische Landnahme!

Diese Forderungen stehen in der Tradition deutscher Ostexpansion , die mit den ideologischen Mitteln eines aggressiven völkischen Nationalismus durchgesetzt werden sollen.

Bei der derzeitigen konservativen Hegemonie in der deutschen Politik wird der BdV nicht auf taube Ohren stoßen.

Nach dem Wegbrechen der realsozialistischen Staaten ist in Ostmitteleuropa ein Machtvakuum entstanden. Nach der Wiedergewinnung der vollen staatlichen Souveränität hat Deutschland die Macht, es zu füllen. Für die deutsche Außenpolitik gewinnt diese Geopolitik zunehmend an Bedeutung. Das Konzept der Geopolitik beinhaltet ein machtpolitisches Denken in Räumen und Völkern. Seine Ursprünge liegen in der imperialistischen Poli-

SCHLUSS MIT DEM GEREDE VON DEN "DEUTSCHEN OSTGEBIETEN"!

Keine öffentlichen Mittel und Räume für Kriegstreiber!

tik Wilhelm II.. Entscheidende Ausweitungen erfuhr dieses Konzept während des "Dritten Reiches". Heutzutage stehen ökonomische Interessen im Zeichen des Neoliberalismus im Vordergrund. Die Staaten des ehemaligen Realsozialistischen Blockes werden geopolitisch als unbesetzte Wirtschaftsräume begriffen. Unter neoliberalem Vorzeichen ist das Wolfsgesetz des Kapitalismus in Osteuropa weitgehend durchgesetzt, der Ostexpansion deutscher Unternehmen haben die dortigen Ökonomien nichts entgegenzusetzen. Ein Europa unter deutscher Vorherrschaft wird gekauft.

Obwohl die Bundesregierung immer ein freundschaftliches Verhältnis zu Deutschlands Nachbarn beteuert, unterstützt sie die Vertriebenenorganisa-tionen massiv. Diese werden aus Landes- und Bundesmitteln kräftig subventioniert. Allein der BdV erhielt jährlich mindestens 3,5 Millionen DM Zuschüsse aus Bundesmitteln. Zusätzlich investiert die Bundesregierung Jahr für Jahr mindestens 40 Millionen Deutsche M in "volksdeutsche" Projekte vor Ort. Hier wird eine deutsche Infrastruktur subventioniert, die ganz ausdrücklich nicht den ganzen Staaten sondern nur den sogenannten "Volksdeutschen" vor Ort zugutekommen soll. Die zunächst von den deutsch-völkischen Kräften betriebene Destabilisierung und Ansiedlung Volksdeutscher in Ostmitteleuropa schafft deutschen Unternehmen erhebliche Marktvorteile. Durch die Volksgruppenpolitik, wie sie vom BdV ideologisch vorbereitet und politisch gefordert wird, soll Ostmitteleuropa in kleine, leicht kontrollierbare Einheiten gespalten werden. Viele Kleinstaaten sichern die Hegemonie Deutschlands in diesem Gebiet.

Als Beispiel dafür kann Jugoslawien gesehen werden. Deutschland war der erste Staat, der Kroatien, Slowenien und Bosnien anerkannt und damit Öl ins Feuer des aufflammenden Nationalismus gegossen hat. Historisch waren diese Staaten Verbündete der Mittelmächte.

Vor dem Hintergrund der militärischen Intervention der Bundeswehr in Jugoslawien ist dies auch eine deutsche Warnung an Staaten wie Polen oder Tschechien. Die militärische Option ist derzeit nicht auf der Tagesordnung - aber sie können auch anders. Der BdV und alle anderen Vertriebenenverbände gehören seit jeher mit ihrer revanchistischen und kriegstreiberischen Politik zur bundesdeutschen etablierten Politiklandschaft. Ihr Wirken und Treiben findet in aller Öffentlichkeit statt, so auch ihre alljährlichen Tage der Heimat in Berlin und in der ganzen BRD.

Kommt alle zur Infoveranstaltung

"Der BdV im braunen Sumpf - Öffentliche Gelder für Revanchisten?"

Freitag, 25. 8. 95. 19.00 Uhr
Rathaus Charlottenburg,
Bürgersaal (U Richard-Wagner-Platz)

Die Politik der Vertriebenenverbände ist nicht immer identisch mit der offiziellen Regierungspolitik, und scheint ihr oft zu widersprechen, wenn sie von der BRD abgeschlossene Verträge nicht anerkennt.

Aber die "Vertriebenen" zusammen mit den "Volksdeutschen" in Polen, Tschechien, der ehemaligen SU usw. und ihre Wühlarbeit hier und dort sind Voraussetzung für die heimliche, doppelte Außenpolitik der BRD. Diese aggressiven Form der Expansion, die heimlichen Landnahme durch direkte Einmischung in innenpolitische Belange von Nachbarstaaten wollen BRD - Politiker noch nicht immer offiziell verantworten. Und so bedienen sie sich der braunen Revanchisten des BdV und anderer nichstaatlicher Organisationen.Aber die Ausstellung von abertausenden deutschen Reisepässen an polnische Staatsbürger, sogenannten "Schlesier" in den letzten Jahren, die Einführung einer "doppelten Staatsbürgerschaft nür für "Volksdeutsche" spricht eine deutlichere Sprache

- die deutsche Außenpolitik ist revanchistisch !

Spucken wir den "Vertriebenen" kräftig in die braune Suppe!

Den Aufruf und die Demonstration unterstützen bisher (8.8.95):
AIM (Antifaschistische Initiative Moabit) / AGIP (Antifaschistische Gruppe in Prenzlauer Berg) / ASTA TU / Schwule Antifa / Antifa Charlottenburg / Antifa Golem / F.e.l.s. (Organisiert in der AA BO) / Hummel Antifa (Humboldt Universität) / Antifa Jugendfront / UL/ UDS / StuPa-Humboldt Universität / BAOBAB / Infoladen Omega / Pds - Tiergarten / Rote Säge / Bund der Antifaschisten Weißensee / Bund der Antifaschisten Hohenschönhausen / Besetzte Häuser Marchstr. Einsteinufer

VISdP: P. Papow, Dimitroffstr. 14, 10435 Bln

WARUM SICH ALS AUTONOME/R GEWERKSCHAFTLICH ORGANISIEREN ?

Wenn wir nicht völlig zerbrechen wollen an der Zerstörung von Mensch und Natur,die dieses System über die Erde gelegt hat, müssen wir jeden Tag von neuem sehen,wie wir hier raus kommen.

Obwohl ich vorhatte zum Autonomie Kongreß ,als prima Möglichkeit,dazu eine Diskussion anzuzetteln,konnte ich meine Gedanken bis dahin leider nicht so zusammenbringen,wie es nötig gewesen wäre.
Ich möchte das im nachhinein versuchen.
Unsere Bewegung verstehe ich als den Versuch,sich selbstbestimmtes Leben im Kampf um Häuser und Zentren anzueignen, Schutzräume aufzubauen und die HERRschenden Verbrecher und ihre menschenverachtenden Projekte anzugreifen,immer und überall,wo uns das möglich scheint. Zurecht wurde von einigen immer wieder kritisiert, daß es nicht bei Kampagnen gegen bestimmte von ihren Schweinereien bleiben kann, sondern,daß sich daraus eine Perspektive herleiten muß für die soziale Revolution .
Revolution als die Verwirklichung einer neuen Ordnung ohneHERRchaft, mit Aneignung von Produktionsmitteln und Land ,mit neuen Lebensformen von kollektiven Leben. Diese Perspektive ist in unserer zusammengeschrumpften Szene nur für eine Minderheit eine Hoffnung, für die übrige Bevölkerung ist sie nicht existent.
Es ist die Stärke der Autonomen,daß sie die verschiedenen Unterdrückungsverhältnisse benennen und nicht einander unterordnen. Ich halte es aber für eine Wirkung des Systems,daß viele die Lösung eher in vereinzelter politischer Korrektheit suchen, anstatt unserer Kämpfe in die Gesellschaft hineinzutragen.
Ohne die beiden gleichsetzten zu wollen,haben es Faschismus und Stalinismus gemeinsam geschafft,die sozialen Kämpfe von unten,in deren Fortsetzung wir uns sehen,zu verschütten und damit auch das Bewußtsein,daß wir Teil der unteren Schichten sind,oder uns auf ihre Seite stellen.Die Abgrenzung der Szene zu unpolitischen Menschen aus diesen Schichten, halte ich angesichts der eigenen Widersprüchlichkeit und unserer vergleichbaren sozialen Lage für Schwachsinn.
Ich denke,daß es außer radikalen Linken in der Klasse auch Menschen mit deutschen Paß gibt,die noch nicht derart mit Sexismus und Rassismus vergiftet sind,daß es unter unserer Würde ist,sich mit ihnen abzugeben.
KLASSE gegen KLASSE hat terroristische Momente,die ich ablehne (z.B.Drohung an einen taz-Redakteur),aber ihr Konzept ,sich auf die Unterschicht zu beziehen und sich zu wehren,finde ich richtig.
Wir werden nie weiterkommen,wenn einige in ihrem berechtigten Zorn auf die grausame Fleischmafia gerade da ansetzen ,kleine Schlachtereien oder sogar Messerläden zu plätten,wie das bei den ansonsten starken kleinen Riots in Bremen und Hamburg passiert ist.Dann können wir auch jeden zweiten Punker die Bierdose um die Ohren hauen,oder allen die Schuhe ausziehen. Frei nach Rosa ist das alles Quark,nur die Revolution bringts.
Der Frage eines/er Genossen/in zum Autonomiekongreß,warum wir nicht die Enteignung des Landbesitzes über 100 ha fordern,kann ich mich nur anschließen. Der Bezug zur verwüsteten Wirklichkeit ist bei einigen anscheinend bei der Suche nach der keimfreien Innerlichkeit verloren gegangen.
Der Kampf gegen Tier-und Naturzerstörung durch die Profit -und Machtgeilheit ist natürlich richtig,aber wir müssen inmitten des Strudels ansetzen ,nicht an den Rändern:Konzerne und Bonzen mit ihrem Großgrundbesitz,Masthallen und regenwald gerodeteten Rinderweiden,mit ihren Lebensmittelketten und ihrer Forschung in der Gentechnologie.Dazu gab und gibt es viele gute Aktionen wie die Vernichtung von genmanipulierten Pflanzen,Boykotts u.s.w..

Ein Ansatz,den die meisten von uns nicht sehen wollen,ist die Organisierung der Arbeiter/ /innen innerhalb der Betriebe.
Ein Konzern,der beispielsweise mit Blutkaffee handelt,hätte mit den sich mit den Billiglohn - Arbeiterinnen auf den Plantagen solidarisiernden und deshalb streikenden „eigenen" Beschäftigten eine harte Nuß zu knacken.
Es ist richtig ,sich entlang Unterdrückungsverhältnissen zu organisieren. Warum dann nicht entlang der Lohnarbeit ? (...)

Dabei kann mensch leicht übersehen,daß es selbst in Deutschland immer wieder wilde Streiks um was anderes gibt ,wie zuletzt in Köln bei Ford als sich ArbeiterInnen gegen schnellere Maschinenlaufzeiten und kürzere Pausen wehrten(Kölner Stadtzeitung „von unge"). Die Produktion ist eine der Achillesfersen des Systems und wenn sich Lohnabhägige, ob arbeitslos oder nicht, gegen die Profitinteressen organisieren,ist das eine der Bedingungen für die Aufhebung von HERRschaft

(...)

wildcat , organisiert in der Freien Arbeiterinnen und Arbeiter Union ,IAA



Liebe ♀♀!!

Es gibt eine Wiese im Wendland, wo wir mit vielen Frauen/Mädchen (Lesben, Heten, Bi und allen anderen Frauen) den Sommer über in Zelten zusammen wohnen/leben, aktiv und widerständig sein wollen.

★ WIR SELBST SIND ★

suchende und manchmal findende - "nix machende" und dochimmer unterwegs - vegan lebende Wagenbewohnerinnen oder Reisende wollen andere FrauenLesben kennenlernen und gerne mehr werden für ein gemeinsames Projekt, wollen einen Raum haben, wo wir ein "miteinander leben" ausprobieren können.

★ WARUM WENDLAND ★

Im Wendland befindet sich ein Atommüllzwischenlager bei Gorleben. Vor kurzem ist dort nach jahrelangen Protesten, Auch der dort lebenden Menschen, der erste Castoratommülltransport aus Phillipsburg eingerollt. Über die Köpfe der dort lebenden Bevölkerung und vieler anderer wurde grenzenlos hinweggegangen, die Verstrahlung von Pflanzen, Tier und Menschen ohne weiteres in Kauf genommen. Die nächsten Atommülltransporte werden in den kommenden Wochen und Monaten erwartet. Wir wollen ein Anlaufpunkt sein für ♀♀, die sich an Castor-Aktionen beteiligen wollen. WIR STELLEN UNS QUER !

IDEEN ★ VORSCHLÄGE ★ GESPINSTE
- was sich entwickeln kann -

Castor-Aktionen - ♀♀ im Rechtsextremismus - Stockkampf - Infos über den Widerstand im Wendland und Atompolitik - Frauen als Täterinnen/Mittäterinnen - ♀♀ & Naturverständnis - Umgang mit Sexismus und Vergewaltigung - fem. Utopie und Alltag - Hängematten knüpfen - Konfliktbewältigung und Umgang unter FrauenLesben - WENDO & andere Selbstverteidigungsformen - Akrobatik - Spanisch lernen - Rassismus in uns - Erfahrungsaustausch zwischen ProjektfrauenLesben - Theater -

außerdem möchten wir in Lerngruppen, das heißt in kleinen Gruppen kontinuierlich zu bestimmten Themen arbeiten, Themen vertiefen, um inhaltlich weiterzukommen, da die Erfahrungen von Wochenend-Treffen oft unbefriedigend sind weil Inhalte nur angerissen werden können.

Das alles sind Vorschläge und Ideen, deren Umsetzung von der Motivation und den Interessen der FrauenLesben, die da sein werden abhängig sind. Wenn ihr selbst Vorschläge für Diskussionen, Aktionen oder workshops habt, meldet euch bzw. kommt und macht's einfach.
Was auf dem Camp läuft ist von allen, die da sind, abhängig. Wir wollen nicht die Hauptverantwortlichen für's Camp sein - alle sind verantwortlich, bzw. gestalten das, was dort sein wird, mit. Wir können und wollen kein fertiges Programm erstellen, unser aller Kreativität ist gefragt.

HERRschaft is ja erstmal son abstrakter begriff
und es sind viele menschen, wesen, ebenen und gebiete
die dadurch unterdrückt werden
wir wollen leben
suchen nach möglichkeiten, neuen möglichkeiten von widerstand
der uns selbst als menschen voller widersprüche nicht ausblendet
wir schaffen uns einen raum zum schreien und heulen,
zum kraft finden und sehen, an was für einem platz wir als
meist weiße frauenin europa stehen
wir wünschen uns austausch mit möglichst vielen frauenlesben
um gemeinsam weiterzukommen

Viele liebe Grüße an das ♀♀ Camp in Hinden!
Wir wünschen uns einen regen Austausch!

Feste Termine :
- ♀♀ Kulturfestival in Platenlaase von 4.-6.8.
- ♀♀. Bauwagentage vom 30.8.-3.9.
- ♀♀ Party in Lomitz am 9.9.
- Wochenende oder Woche über Radikalökologie, Veganismus, Tierrechte vom 18.8 - 20.8. evt. auch länger!

Infotel. bis Mitte Juli: 0421/3963400
Adresse bis Mitte Juli: ♀♀ Camp, Wallerstr.45, 28219 Bremen
ab Mitte Juli: ♀♀ Camp, c/o W. Rieck, ~~Bauer~~ ~~[illegible]~~ ~~Gedelitz~~ 29487 Luckau

Wir brauchen dringend Kohle (fragt mal bei der Uni - Frauenlesben referate oder ner ♀♀ Disco, organisiert eine Solifete)!
KSK GARTOW BLZ 258 513 35

UMSTRUKTURIERUNG STOPPEN - DIE SELBSTVERTEIDGUNG ORGANISIEREN!

Aufschwung Ost auch in Prenzlauer Berg. Für 15 DM pro Quadratmeter läßt es sich in den schick gemachten Häusern sicher gut leben. In der Lettestraße 7 sollen in den oberen Etagen sogar Spitzenpreise von 23 DM zu erzielen sein. Von den alten Mietern kann das niemand bezahlen.
Auch in der Kollwitzstraße 89 bezahlt man jetzt höhere Mieten - ab 15 DM steigert sich der Preis in den höheren Etagen. Die ehemaligen Bewohner wurden hier schon lange vor der Modernisierung vertrieben. Damals sollte das Haus noch ein Hotel werden. Diese Zweckentfremdung konnte damals mit Hilfe von vielen Aktivisten aus dem Stadtteil verhindert werden. Ob die jetzige Lösung für uns, die wir hier leben, eine bessere ist, wird sich zeigen. Immerhin haben wir das nichtgewollte Klientel, das sich ein teures Hotel leisten könnte, nun die ganze Zeit am Hals.
Die neuen Bewohner, mit mehr Geld ausgestattet als die meisten von uns, verändern mit ihren Bedürfnissen unsere Viertel. Statt zum Gemüseladen an der Ecke, geht man zum französischen Spezialitätengeschäft, statt das Bierchen in der Kneipe zu trinken, schlürft man einen Milchkaffee mit Sahne unterm Sonnenschirm (mit f6 Werbung möglichst, wir sind ja hier schließlich im Osten) - für weniger als 4.50 DM ist nichts zu haben. Für Touristen und andere Vergnügungswillige ist das ein gefundenes Fresen...
Am Tage verstopfen Touribusse die Straßen und verpesten die Luft, allabendlich können wir Kolonnen von Wessis auf Amüsiertour um den Kollwitzplatz erleben. Viele von ihnen sind schon in den Osten gezogen, viele wollen folgen. Der Prenzlauer Berg ist schließlich angesagt. In einer Wirtschaftszeitung wurde letztens der Stadtbezirk sogar auf seine Tauglichkeit für Managerfreizeitinteressen untersucht und für gut befunden und der Bundesbauminister will auch hierher. Neue Eigentümer und auch die WIP vergeben die Wohnungen natürlich am liebsten an diese finanzkräftigen Mieter. Schon jetzt sind die Mieten auf Westniveau und höher, obwohl die Viertel selbst in Ostberlin zu den Ärmsten zählen.
Die teuren Neuvermietungen schlagen sich im gesamten Mietspiegel nieder, wie lange wir da noch mithalten können, bleibt offen. Immer öfter werden Wohnungen und ganze Häuser in der Nachbarschaft entmietet. Leerstand bedeutet blankes Geld - für die Eigentümer. Die Wertsteigerung zum bewohnten Zustand sol mindestens 25% betragen. Das bedeutet, die Häuser können teurer verkauft und dann aufwendig saniert werden, um sie später so teuer wie möglich vermieten zu können oder als Eigentumswohnungen zu verkaufen. Leerstehende Wohnungen und Gebäudeteile werden so zum konkreten Ort der Aufwertung unserer Stadtteile.
Richtig gebaut wird scheinbar nur da, wo am Ende das Geld stimmt, also nicht bei uns. Neben Bürohäusern in Baulücken und Eckgrundstücken (z.B. Ryke/Dimitroffstraße und Prenzlauer/Marienburger) sind es vor allem leerstehende Häuser, in denen etwas getan wird. Hier gibt es keine widerspenstigen Mieter und zahlungskräftige Neubewohner werden sich schon finden lassen.
Im Gegensatz zu den teuer sanierten Häusern mit den neuen Bewohnern ist in den meisten der Wohnungen hier nichts von der Stadterneuerung zu spüren. Vor allem in den sogenannten "notverwalteten" Häusern der WIP geht der Zerfall weiter, nicht einmal an notwendige Instandsetzungsarbeiten ist zu denken - leerstehende Wohnungen werden nicht wiedervermietet.
Nach allem, was wir in der neuen Zeit mitbekommen haben, können wir sagen, die Wohnungen werden immer weniger zur Angelegenheit derer, die sie benutzen, sondern immer stärker ein Faktor in der Gewinnrechnung der Eigentümer. Galt es früher als clever, wenn man es schaffte, Material und Fachkräfte zu organisieren, um die Wohnung zu verbessern, so wird es heute an der Fähigkeit gemessen, Modernisierungen zu verhindern, um die Mieten nicht ins Endlose steigen zu lassen. Deshalb ist es den meisten Eigentümern lieber, ihr Geld in leere Wohnungen zu stecken. Für uns bedeutet das zum einen, dort wo wir leben passiert erst mal nichts. Zum anderen verändert sich unsere Nachbarschaft immer nachhaltiger - die Häuser sind kaum wiederzuerkennen, Freunde ziehen weg, die Autos auf der Straße (oder in der Tiefgarage) werden immer nobler.

Wir haben es satt, daß unsere Mieten immer höher steigen, immer mehr kleine Läden schließen müssen und immer größere Neubau- und Büroklötze in unseren Straßen gebaut werden. Wir wollen weiter hier leben, so wie bisher oder besser. Deshalb werden wir nicht weiter zusehen, wie die Stadtteile an unseren Interessen und Bedürfnissen vorbei zur vornehmen Wohngegend für die Bonzen und Beamten der Hauptstadt umgebaut werden.

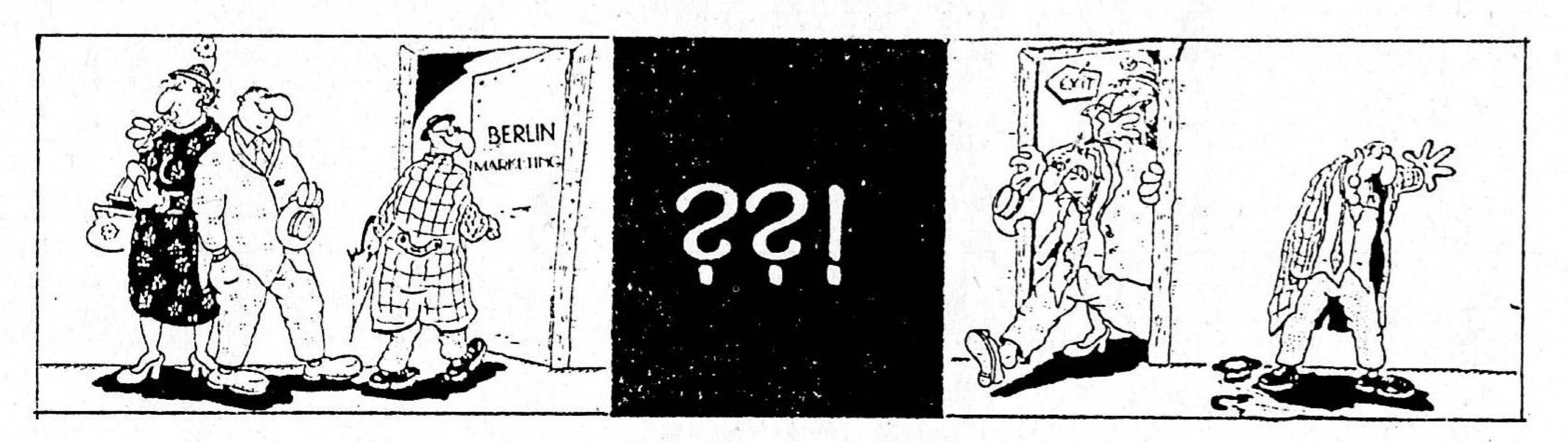
Also:

-sofortige Vermietung aller leerstehenden Wohnungen, um Luxussanierung und teure Hausverkäufe zu verhindern


-keine Wohnung und keine ruhige Minute für Mietenhochtreiber

-Stopp den Yuppiekneipen und Edelgeschäften - Prenzlberg ist kein Vergnügungspark für Wessis als Lifestyle-Terroristen, die in Besatzermentalität unsere Viertel zur Kulisse ihrer Selbstdarstellung machen

DEN WIDERSTAND IN DEN STADTTEILEN ORGANISIEREN!



Tragt Euch in die AktivistInnenlisten der Blockkomitees ein
Ergänzt die Akten über Spekulanten und Geschäftemacher - verabredet Euch mit Euren Nachbarn zur Yuppiejagd



Wir sind ein paar Menschen, die gerade dabei sind, einHüttendorf zu errichten, um auf diesem Platz Leben und Protest zu verbinden.Als genauso wichtig, wie uns die Verhinderung der A 20 und überhaupt der Widerstand gegen die Auto-Verkehrspolitik ist, sehen wir den Versuch an, anders zu leben. Wir probieren ein Leben ohne Strom, Auto, beobachten und schränken unseren Konsum ein. Ein Teil davon ist die vegane Küche,d.h., ohne Tierprodukte, wie Milch, Eier usw.. Die Freilußküche ist schon fertig und es steht auch schon 'ne kleine Wohnhütte. Im Bau sind zur Zeit 'ne Rundhütte (Rundi Zülle genannt) und ein zweites Clo. Wir denken, daß noch weitere dazukommen, z.B. 'ne Frauenhütte. Das Hüttendorf soll ein Freiraum ohne Hirarchien oder und Leistungszwang sein, d.h., wir setzen uns mit Ausbeutungsverhältnissen und Herrschaftsstrukturen auseinander, z.B. Mackerverhalten.
Es ist natürlich total schön, zusammen zu bauen, beim Aufstehen die Zeit am Stand der Sonne abzulesen und jede Mondphase mitzukriegen.

jetzt wirds ernst

nach 5 jahren massivster und plumpester verdummungskampagne macht sich die asphaltcowboy-fraktion,bestehend aus westingenieuren,oberaldikonzernbossen und mehr oder eher weniger wichtigen polithampeln,daran,ihre zerstörungspläne umzusetzen.für den östlichen teil der A 20 möchten sie mit dem bau einer gigantischen brücke über B 96 und Peene bei Jarmen beginnen. (bei Wismar steht schon eine brücke)
der erste pseudospatenstich war schon für den 16.september 94 angekündigt worden.weitere ankündigungen folgten.passieren tat nix.neuer stichtag soll irgendwann im november sein.
uns,dem hüttendorf 'lezde affaht breechen west' (letzte abfahrt Breechen west) geht es um den generellen STOP des größenwahnsinnigen vorhabens A 20.
die A 20 (ostseeautobahn) soll sich nach dem willen der betonkacker und planköpfe von Lübeck nach Stettin/Szcecin auf 290km länge durch die landschaft fressen
geplättet werden sollen Niedermoore,Flußtalauen und Wälder genauso wie ganz 'normale' Kulturlandschaft. hier bei Breechen, wo unser HÜTTENDORF steht,müssen sie durch! aber wir sind hier nenn es nadelör,den strategisch wichtigen ort des geschehens,oder wie du sonst willst. und werden nicht gehen.bevor die prestigepläne für eine weitere manifestierung des igitt-großdeutschen gedankens in der jarmener kunstmühle zermahlen werden
ALSO: jetzt kommt mal alle her !bringt zelte und schlafsäcke mit.
kommt bald und kommt alle

Die A20 soll durch mehrere Naturschutzgebiete führen,u.a. durch die Flußtäler von Recknitz, Trebel und Peene und das Schwingeltalmoor. Bei diesen allen handelt es sich um große, zusammenhängende und in ihrer Art einmalige "Reservate", die zu den letzten in Europa noch existierenden Feuchtgebieten gehören. Trotz unterschiedlichster Bedrohungen(Lärm,Abgase, Überfahrenwerden,Zerstörung von Brut- und Ruheplätzen,Begradigung von Flüssen, Gewerbeparks...) leben hier noch total seltene Pflanzen- und Tierarten,wie Biber, Fischotter,Ringelnattern,Kreuzottern,Kornweihen,Trauersee-schwalben, Fischadler,Rot-und Schwarzmilane,Wespenbussarde,Störche,Kraniche,Kolkraben,Eisvögel und viele andere,17% von 150 nachgewiesenen Insektenarten sind Rote-Liste-Arten, für die die Autobahn ein unüberwindlicher Todesstreifen wäre, darunter eine nur im Peenetal lebende Laufkäferart. Die Menschen in der Region bedroht die A20 mit noch stärkerer wirtschaftlicher, sozialer und politischer Bindung an den Westen, z.B. werden selbst weite Transporte von Fertigprodukten günstiger als die Produktion vor Ort.Die dadurch in der Region noch zusätzlich wegfallenden Arbeitsplätze können durch den Bau von flächenschluckenden aber wenig Arbeitsplätze schaffenden Logistikzentren und Gewerbeparks nicht einmal ersetzt werden. Dann müssen noch mehr Menschen weite Strecken zur Arbeit zurücklegen. Zugunsten der Metropolen, wie Hamburg und Lübeck würde die Region noch stärker ausgesaugt werden. Anstatt die Reste noch übriggebliebener Regionalstrukturen zu erhalten bzw. wiederaufzubauen (da wo produziert wird, wird auch konsumiert, weite Wege entfallen) soll jetzt geld, das nicht einmal vorhanden ist (nach Schätzungen von 1983 über 3 Milliarden Maak) in ein wahnwitziges Autobahnprojekt gesteckt werden,das außerdem erst frühestens in 10-12 Jahren fertiggestellt werden könnte.

Spendenkonto Stichwort "Hüttendorf"
Kontonummer 37003337
Sparkasse Schwerin,BLZ 14051462

v.i.s.d.p. KOLKRABE KALLE


Freitag 18.8 - 21 Uhr
zum 51.Todestag von Ernst Thälmann
"Ernst Thälmann, Sohn seiner Klasse"
DEFA Film von 1956 im K.O.B.
BARGELD FÜR ALLE !!!
Ab sofort: jeden Sonntag ab 19.00 Uhr
Umtausch von Waren aus dem Zwangseinkauf im
Flüchtlingsheim.
Ort: "Rat&Tat", Liebenwalder Str. 16, Wedding.
Kommt massenhaft und unterstützt die Flüchtlinge!
Initiative gegen das Asylbewerberleistungsgesetz
WEISESTRASSENFEST (U8 BODDINSTRASSE)
AM SAMSTACH, 19. AUGUST DIESES JAHRES, AB 13 UHR
MIT INFOSTÄNDEN, ESSEN UND TRINKEN, KINDERFEST, LIVEMUSIK,
VERLOSUNG, ...
AB 22 UHR FETE IN DER LUNTE !!! KOMMT ALLE !!!
Strassenfest
ENGELDAMM BIS MELCHIOR STR. UND KINDERBAUERNHOF
AB 15.00 UHR
! 27.8.95 !
ADALBERSTRASSE
WAT GEHT DA AB...? EY.. FEIERN.. PERFORMANCE ODA WAT?
YEP! MIT KIDS MACHEN DIE OOCH WAT...!!! ESSEN UND TRINKEN KANNSTE OOCH...!!!
EY, COOL...!!! SKATEN, KICKERN... KONZERT... ALLET KOMPLETT... NIX WIE HIN!!
KNETE IST FÜR 'NE GUTE
S.A.C.H.E.
19.8. SAMSTAG EX GNEISENAUSTR 2
EZLN SOLIPARTY!
VIVA EZLN VIVA LOS LACANDONES Y LAS Q SIE NICHT ALLEINE
20 00 INFOS UND LAGEBERICHTE:
INTERNATIONALE BEFRAGUNG
STAND DER FRIEDENSGESPRÄCHE
SITUATION DER MENSCHEN IN CHIAPAS
DANACH PARTY
LETS TALK ABOUT CHIAPAS!
5 MARK SPENDENBEITRAG AM EINGANG!
TIERRA Y LIBERTÁ
Hofkino
Brunnenstr.7, 2. Hinterhof
U-Bhf Rosenthaler Platz
Tram 6,8,13,50,53
"Die Rocky Horror Picture Show"
am 26.8.95 um 21.00 Uhr
am 1.9.95 um 21.00 Uhr
"Der kleene Punker"
am 8.9.95 um 20.30 Uhr
"Wir können auch anders"
am 15.9.95 um 20.30 Uhr
"Film über die Edelweißpiraten"
oder Überraschungsfilm
UMSONST + Draußen
TOMMY WEISSBECKER HAUS
Wilhelmstraße 9
10963 Berlin
Tel / Fax 030-2518539
U Hallesches Tor
Kiezküche im Weißbecker-Haus
Mo-Do 18-22 Uhr
vegetarisch+fleischig
Salat + Dessert 6 mäck
Filme : 15/16. August 19 Uhr
" Die wahre legende d. Sub."
" Todos somos Marcos "
Chiapas-Ausstellung bis zum Abschluß der Consulta 24.8.
Film über Mumia Abu Jamal
" From Death Row "
15+16. August 21 Uhr
Alle Filme auf Großbild-Video
shell to hell-town
26.8.-2.9.95
FURTHER INFORMATIONS:
Infowinkel Phoenix
1e Pijnackerstr 138
3035 GX Rotterdam
010-4678822

We `re all punks

In Hangover-Town griff für drei lange Tage das Chaos Platz. In ein paar Titelschlagzeilen der Bürgerpresse lesen wir von dieser oder jener Barrikade, in einem Billig-Supermarkt wurde nach Ladenschluß proletarisch eingekauft, ein paar goldene Automobilkälber sind ausgeglüht und doch soll der Sachschaden bei unter einer Million Deutsch-Maak liegen. Von der Ferne ist es immer schwer eine über die herrschenden Medien transportierte Randale, zu beurteilen. Die Bürgerjournaille hat ja keine Ahnung davon, was bei den Leuten, die diese Randale mit-machen passiert und abgeht. Der schnell jonglierte Pressebegriff der "Punker-Krawalle" schließt ganz sicher nicht aus, daß die Massenzusammensetzung der Randale noch bunter als ein grün-rot-gelb gefärbter Iro-Harrschnitt war. Wer weiß schon, welche Leute und Gruppen in dieser Randale ihre eigenen Karten gespielt haben. Die verflucht hohe Zahl der 1300-Festnahmen läßt aber auch darauf schließen, daß die keineswegs völlig unvorbereiteten Bullen ihren engagierten Anteil an der Randale gehabt haben .

the show is over ...
und das direkt Politische kommt auch in diesem Fall erst einmal in aller Brutalität "von oben": Und zwar in Form eines losgelassenen Bullenapparates von immerhin 3000 Idioten in einer kleinen Provinzstadt. Für die Bullen ist für eine Zeit hohen Medienaufkommens zunächst ein sogenanntes "Deeskalationsprogramm" angesagt , bei dem bereits zu ahnen steht, wie der alltägliche Normalfall für die mit diesem Programm zu Behandelnden ohne die beiden Anfangsbuchstaben "D" und "e" aussieht. Und trotz dieses schönen ausgetüftelten Programms haben sich die Bullen vermutlich wahlweise auf den eigenen Füßen herumgestanden, waren immer zur richtigen Zeit am falschen Ort und umgekehrt, haben sich gegenseitig blockiert, oder haben sich in beliebigen Menschenjägereien unter dem Präzisionsstichwort "Punk" im Stadtgebiet aufgelöst. "Punk", ein Zauberwort für den Sicherheitsapparat, um machen zu können was er will. Über das Radio wird ein "Zutrittsverbot für alle Punker" für das gesamte Stadtgebiet von Hangover verkündet. Was bitte schön ist ein "Punker"; ob das wohl irgendwo im Personalausweis notiert ist? Der Sicherheitsapparat prügelt dem Rechtsstaat eine Gasse, wird terroristisch, schafft diesen ab und erklärt endlich alle die ihm nicht passen zu "Vogelfreien". Endlich können, ohne jede Juristerei, immer so komisch abstrakt erscheinende gesellschaftspolitische Fragen von dem gesunden Menschenverstand der Bullen "praktisch in der Praxis gelöst" werden. Das es dann doch, entgegen allen omnipotenten Bullenwegsperrphantasien, in Hangover-Town da und dort ein wenig gescheppert hat, ist einerseits erfreulich Andererseits muß es den Apparat aber erst Recht in eine gesteigerte Wut versetzen, die er ohnehin zuvor bündelweise, bei zunehmenden Verlust des Unterscheidungsvermögens in einem Zustand der Gesetzlosigkeit - blind exekutiert hat.

What is the political message...
der Chaos-Tage? In einigen Medien wurde doch allen Ernstes den Punks zum Vorwurf gemacht, daß sie ja "überhaupt keine Forderungen" stellen. Ein schöner Spaß die Vorstellung, irgendwann einmal ein paar Punker in der Glotze zu sehen, die einem, treu in die Augen schauend, versichern, daß sie auch nix lieber mögen als einen Ausbildungsplatz, ein Auto, ein Mixer und einen Bausparvertrag ....
Seit es sie gibt, betreiben Punks gegenüber dem Rest dieser anständig sein wollenden Gesellschaft eine provokativ verstandene, radikale Selbstmarginalisierung. Sie machen einfach aus dem normalen knallhart von dieser Gesellschaft betriebenen Ausschluß eine selbstbewußte offensive Haltung. Mit existentialistischen Mut werden öffentliche Plätze einfach besetzt und zuweilen, begleitet von einem demonstrativen Billig-Alk`-Konsum zugemüllt ... "und uns jeht´s jut dabei, eh`". Das wird in diesem Land der vielen volksgemeinschaftenden Anti-Müll- und Grüne-Punkt-Recycling-Bürgerinitiatven als eine ungeheure Zumutung verstanden. Auch wenn Punk als Musikrichtung wahrscheinlich schon lange tot ist, so ist es den Chaostagen in Hangover gerade gegenüber dieser Geld- Hochleistungs- und Anti-Sexualitäts-Sauberkeitskultur des Tecno gelungen, das "Böse" zu besetzen.
Punks sind Ausdruck einer zum Teil sebstzerstörerischen Gegenkultur. Und dieser Begriff meint da wirklich etwas ganz anderes als das Catch-All-Word "Subkultur". Denn die trachtet hauptsächlich danach, wie man es an dem ganzen Tecno-Unsinn ablesen kann, zum Mainstream zu werden, weil dann erst der Rubel so richtig zirkuliert. Auch wenn Punks "unten" sind, so betreiben sie doch keine Politik "von unten"; allerdings auch keine Nicht-Politik" wie die Spießer, sondern schlicht eine Anti-Politik. Nicht nur deshalb ist es mehr als verständlich, das Punks mit der autonomen Polit-Scenerie mit ihren vielen gut erzogenen Benimm-Regel-Kindern und PC-Dribble-Oppression-Freizeit-Theoretikern nicht soviel zu tun haben wollen. Mit Punks "Politik machen"? Ach` was: "Stop making sense!" Schon allein, weil man genau damit, und mit Punks schon gar nicht, keine Kriege führen kann, muß soetwas unbedingt auch auf dem Weg in eine befreite Gesellschaft viel Platz haben. Während sich Teile der herrschende Klasse doch allen Ernstes überlegen, die nächsten "Chaostage" in Hangover zu verbieten, planen andere Kräfte wahrscheinlich ein großes "Anti-Gewalt-Friedensfest". Man weiß gar nicht, über was man sich schon jetzt mehr ärgern soll. (Nicht nur) Das darf man sich alles nicht gefallen lassen. Bei den nächsten Chaostagen, nicht nur in Hangover, wollen wir gerne dabei sein. Das politisch-taktisch antizipierte Chaos erschlägt keineswegs das zu emanzipierende Subjekt und das Anti-Politische durchbricht den begriffslosen Objektivismus der herrschenden Verhältnisse. Energisch gegen den Normalzustand !

Timur und sein Trupp



Weisestraßenfest

zwischen Herrfurth- und Selchower Str. (U8 Boddinstr.)

Sa. 19.8.95

13.00 - 22.00 Uhr

Infostände

Essen & Trinken

Kinderfest

Verlosung

ab 22.00 Uhr, Fete in der LUNTE

Livemusik